Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 148. **für Anhalt und Thüringen.** Jahrgang 207.

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen. Illustrierte Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. - Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 8108 u. 8109; Redaktionsfernruf 8110. Hauptschriftleitung Dr. Strasser-Meiberg Halle (Saale).

Sonnabend, 28. März 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale).

Ein Mahnwort zu Borna.

Ganz unverhofft sind die Sozialdemokraten zu ihrem 111. Mandat gekommen, obwohl ihre Stimmziffern im Vergleich zu denen der Rechten auch hier, wie in letzter Zeit fast überall, stark zurückgegangen waren. Ohne Zuzug aus dem bürgerlichen Lager selbst — bei der Stichwahl hätten die Roten um so weniger gesiegt, als sie weit schlechter standen wie 1912. Es läßt sich nun, Ortschaft für Ortschaft, nachweisen, daß überall dort, wo früher stärkere freisinnige Minderheiten vorhanden waren, die Sozialdemokratie diese Auffüllung erfahren hat, und man kann also mit Recht sagen: der Fortschritt hat das Bürgertum verraten.

Nicht nur sächsische Blätter schreiben angesichts dieser Tatsache, man wisse nun, woran man sei, und werde die Folgerungen daraus ziehen. Das wußte man ja schon längst. Man wußte freilich auch umgekehrt, daß es andere Wahlkreise gibt, in denen die Freisinnigen nicht um die Welt „dazu zu kriegen" sind, in irgend einer Stichwahl für die Sozialdemokratie einzutreten. In Jerichow wurde infolgedessen — mit freisinniger Hilfe — in der Nachwahl ein Konservativer gewählt. Diese merkwürdige Wählerschaft denkt also „mal so, mal so, wie's trefft". In Wahrheit hat sie überhaupt kein bestimmtes taktisches Programm, seitdem sie zur professionellen Minderheit in allen deutschen Wahlkreisen geworden ist. Seit 1898 erleben wir es immer wieder, abgesehen allein von den Blockwahlen, daß die fortschrittliche Volkspartei im ersten Wahlgange nirgends über 50 Prozent der Stimmen aufbringt. Das Zentrum, die Rechte, Sozialdemokratie, ja sogar die Nationalliberalen besitzen Kreise, in denen sie die Mehrheit haben, der Fortschritt aber wartet nach den Hauptwahlen stets mit einer riesenhaften Null auf, und wäre aus der deutschen Politik überhaupt gestrichen, wenn er nicht Stichwahlhilfe fände. Er nimmt sie skrupellos von rechts und links und empfiehlt sich überall als das „kleinere Uebel". Der Sozialdemokratie sagt er, sie werde doch nicht für die Rechte eintreten, und den bürgerlichen Parteien erklärt er, sie könnten doch unmöglich die Sozialdemokratie unterstützen.

So erklärt sich auch die wachsende Haltung der Parteien selbst, sobald sie es ist, die in einer Stichwahl sich entscheiden muß. In einzelnen Fällen entdeckt sie ihr bürgerliches Herz. Wo aber gar keine Aussicht vorhanden ist, daß sie — davon etwas hat, keine Aussicht, daß sie selber jemals mit der Sozialdemokratie in Stichwahl käme, da tritt sie flugs für die Roten ein. Infolgedessen muß man sie auch differenziert behandeln, und zwar Auge um Auge, Zahn um Zahn. In der Mehrzahl der Fälle ist der Fortschritt durchaus nicht mehr das kleinere Uebel, sondern das schlimmste politische Gebilde, das wir überhaupt haben, denn er verdirbt unser ganzes öffentliches Leben. Er darf daher nicht nur selbst keine Stichwahlhilfe der Rechten mehr erhalten, sondern auch keine Partei, die sich mit ihm gegen die Rechte verbündet. Das heißt also: Front gegen die gesamte bürgerliche Linke, soweit sie nicht mit ihrer Praxis, die Sozialdemokratie zu fördern, bricht. Selbstverständlich keine Stimme der Sozialdemokratie; aber ebensowenig eine Stimme denjenigen, die von ihr nicht klar abrücken wollen. In jedem einzelnen Wahlkreis ganz Deutschlands — das ist die Hauptsache — müßte dem örtlichen Liberalismus die peinliche Frage gestellt werden. Es bedarf gar keiner allgemeinen Abmachungen mehr, denn sie werden doch nicht gehalten, sondern der Feststellung im Einzelnen.

In dem Augenblick, in dem es als sicher gelten kann, daß fast überall — ausgenommen in Gegenden, wie es Jerichow noch eine ist — die Rechte nicht mehr den kleinen Finger für die bürgerliche Linke rührt, ja sogar für die Nationalliberalen nicht mehr zu haben ist, falls sie mit dem Freisinn verbunden bleiben, bricht der Fortschritt zusammen. Es dauert dann nicht mehr lange — und auch die Stichwahlen enden mit einer runden 0 für ihn. Er würde keine Lücke hinterlassen; wir hätten keine politische Partei verloren, sondern nur eine Mandaterwerbungs-G. m. b. H.

Die Begegnung mit dem österreichischen Thronfolger.

Nachdem die Schiffe der österreichisch-ungarischen Eskadres die auf der Jacht „Hohenzollern" gehißte kaiserliche Standarte mit 21 Schüssen salutiert hatten, gab der Kreuzer „Goeben" den Territorialsalut ab, den das österreichisch-ungarische Schlachtschiff „Viribus unitis" reglementmäßig erwiderte. Mittlerweile hatte sich das deutsche Geschwader, dem ein österreichisch-ungarisches Hochsee-Torpedoboot entgegengefahren war, um die deutschen Schiffe auf ihren Ankerplatz zu führen, derart genähert, daß die Standarte des Erzherzogs Franz Ferdinand, die auf dem Schlachtschiff „Viribus unitis" gehißt worden war, aufgenommen werden konnte, worauf alle deutschen Schiffe die Standarte mit 21 Schüssen salutierten. Nachdem die deutschen Schiffe vor Anker gegangen waren, begab sich Erzherzog Franz Ferdinand in deutscher Admiralsuniform auf die Jacht „Hohenzollern", wo er von Kaiser Wilhelm in herzlicher Weise empfangen wurde. Nach der Vorstellung des Gefolges des deutschen Kaisers an Bord der „Hohenzollern" begaben sich Kaiser Wilhelm und Erzherzog Franz Ferdinand beim Schlosse Miramare an Land, wo Kaiser Wilhelm die Herzogin Sofie von Hohenberg und die Familie des Erzherzogs Franz Ferdinand begrüßte. Beim Verlassen der „Hohenzollern" leisteten alle Kriegsschiffe einen Salut von 21 Schuß. Nach der Begrüßung der Familie des Erzherzogs Franz Ferdinand begaben sich Kaiser Wilhelm und Erzherzog Franz Ferdinand an Bord des Schiffes „Viribus unitis", wo der Eskadrekommandant Konteradmiral Löffler dem Kaiser Wilhelm die Schiffskommandanten der österreichisch-ungarischen Schiffe vorstellte. Hieran schloß sich eine Besichtigung des „Viribus unitis" durch Kaiser Wilhelm und den Erzherzog Franz Ferdinand. Um 1 Uhr mittags fand im Schlosse Miramare ein Dejeuner statt und nach dem sich daran anschließenden Cercle ein Rundgang im Schlosse und im Schloßpark. Nach dem Dejeuner, an dem auch der Statthalter von Triest, der Militärstationskommandant und andere Spitzen der Behörden sowie das Gefolge des Kaisers und des Erzherzogs teilnahmen, machten die hohen Herrschaften einen Rundgang durch das Schloß und den Schloßpark. Gegen 4¾ Uhr nachmittags kehrte der Kaiser nach herzlichster Verabschiedung von dem Erzherzog-Thronfolger und dessen Familie unter dem Geschützsalut der österreichischen Schiffe an Bord der „Hohenzollern" zurück, worauf das deutsche Geschwader die Anker lichtete. Kurz nach 5 Uhr setzte sich die „Hohenzollern" in Bewegung, umfuhr, begleitet vom Depeschenboot „Sleipner", die Schiffe der K. K. Eskadre und nahm ihren Weg zwischen den Eskadreschiffen und der Torpedoflottille hindurch, begrüßt von dem Donner der Geschütze und den Hurrarufen der Besatzung der österreichischen Schiffe. Der Kaiser, der auf der Kommandobrücke der „Hohenzollern" stand, dankte wiederholt mit freundlichem Nicken und militärischem Gruß. Die beiden deutschen Kreuzer „Goeben" und „Breslau", welche inzwischen den Kurs in die offene See genommen hatten, warteten in langsamer Fahrt die Vorbeifahrt der „Hohenzollern" und des „Sleipner" ab, worauf sie sich in Kiellinie den beiden Schiffen anschlossen. Nun erwiderten die „Goeben" und die „Breslau" den Geschützsalut, worauf das deutsche Geschwader in der Richtung gegen Korfu abdampfte.

Deutsches Reich.

Reichshilfe für die Altpensionäre.

Wie der „Lokal-Anz." erfährt, soll nach dem vom Bundesrat dem Ausschusse überwiesenen Gesetzentwurf betreffend Reichshilfe für die Altpensionäre den bis zum 1. April 1908 pensionierten Beamten und Offizieren auf Antrag und im Falle eines Bedürfnisses eine Pensionsbeihilfe gewährt werden. Die Beträge sollen: bei Pensionen bis zu 1500 Mark 20 Prozent, von 1500 bis 3000 Mark 15 Prozent und bei mehr 10 Prozent ausmachen. Die Pensionszuschüsse sollen jedoch nicht über 6000 Mark hinausgehen. Witwen und Waisen der bezeichneten Personen erhalten gleiche Zuschläge unter Zugrundelegung eines Witwengeldes von 600 bezw. 1200 Mark oder mehr; jedoch dürfen Beihilfen und Witwengeld zusammen nicht 2400 Mark überschreiten. Bei Vollwaisen bilden 800 Mark, bei Halbwaisen 480 Mark die oberste Grenze. Wenn auch die Beihilfe von dem vorliegenden Bedürfnisse abhängig gemacht wird und daher einen außerordentlichen Charakter trägt, so soll doch die Frage des Bedürfnisnachweises nach Möglichkeit von allen peinvollen Nachforschungen freigehalten werden. Es sollen daher im Gesetzentwurf Momente ausdrücklich angeführt werden, bei denen das Vorliegen eines Bedürfnisses ohne weiteres zu bejahen wäre, z. B. wenn der Pensionär verheiratet ist oder Angehörige zu ernähren hat, oder über ein Gesamteinkommen von höchstens 3000 (bei Unterbeamten 1500) Mark zu verfügen hat. Der Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes ist noch nicht bestimmt.

Notiz des Wolffschen Telegraphen-Bureaus: Eine amtliche Bestätigung ist nicht zu erlangen.

Kein Verzicht auf die Kolonialreise des Kronprinzen.

Aus Anlaß einer Meldung, daß auf die Reise des Kronprinzen nach den deutschen Schutzgebieten endgültig verzichtet worden sei, wird uns von unterrichteter kolonialer Seite geschrieben: „Blättermeldungen, daß der Plan einer kolonialen Studien- und Informationsreise des Kronprinzen nach den Kolonien definitiv fallen gelassen sei, beruhen auf durchaus irrigen Annahmen. Auch hier gilt das Wort „aufgeschoben ist nicht aufgehoben". Es steht heute bereits fest, daß der Kronprinz seine Ausreise nach den Kolonien kurz vor dem Herbst dieses Jahres, im Monat August, antreten wird, da er bereits im September die allgemeine Landesausstellung in Dar-es-Salam eröffnen wird. Daß dieser Termin strikte innegehalten werden wird, geht schon aus dem Umstande hervor, daß der als Leiter der naturwissenschaftlichen Abteilung auf der Ausstellung berufene Geologe Dr. Hans Reck in kurzer Zeit sein Amt in Deutsch-Ostafrika übernehmen wird. Wenn überhaupt von einem Verzicht auf die Reise gesprochen werden kann, so hat dieser nur Gültigkeit auf das Frühjahr. Damit fallen alle haltlosen Kombinationen und Gerüchte, die aus dem angeblichen Verzicht heraus gewisse Unstimmigkeiten zwischen Kaiser und Kronprinz konstruieren wollten, in sich zusammen. Die Kronprinzenreise bedarf, da sie dem Thronfolger ein möglichst umfassendes und vollkommenes Bild von der Entwicklung und dem heutigen Stand unserer afrikanischen Schutzgebiete vor Augen führen soll, einer sehr gründlichen und eingehenden Vorbereitung, wenn anders ihr der Wert zukommen soll, den man ihr kolonialpolitisch und informatorisch zusprechen darf."

Ein Schreiben des Reichskanzlers an den Deutsch-amerikanischen Nationalbund.

Der Vizepräsident des Deutsch-amerikanischen Nationalbundes Sutro verlas auf einem Bankett, das nach seiner Rückkehr von einer Agitationsreise für die Panamakanal-Ausstellung zu seinen Ehren gegeben wurde, ein Schreiben des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, in dem u. a. folgendes ausgeführt wird: „Ich bestätige gern, daß die Reichsregierung sich bei ihrer Entschließung, der Weltausstellung von San Francisco fernzubleiben, nicht von politischen Gesichtspunkten leiten ließ. Sie drückten die Besorgnis aus, daß die mannigfachen kulturellen Bande zwischen Deutschland und Amerika sich in Zukunft nicht der gleichen Beachtung erfreuen würden wie bisher. Seien Sie versichert, daß diese Besorgnis unbegründet ist. Insbesondere wird das sympathische Interesse an den kulturellen Bestrebungen der Deutschamerikaner auch weiterhin erhalten bleiben."

Die Herkunft unserer Unteroffiziere.

Von der Herkunft unserer Unteroffiziere geben neuerliche Feststellungen ein lebendiges Bild. Sie zeigen, wie mannigfach die Soldaten sind, die die verschiedenen deutschen Provinzen für den Unteroffizierstand liefern. Die einzelnen Provinzen sind ganz verschiedenartig vertreten. Die Provinz Sachsen liefert einen Ueberschuß von 116 Prozent über das Soll dieser Provinz hinaus. Die Provinz Pommern stellt einen Ueberschuß von 110 Prozent, Schlesien einen Ueberschuß von 82 Prozent, Ostpreußen von 79 Prozent. Diese Zahlen sind insofern charakteristisch, als es sich in der Hauptsache um Provinzen handelt, in denen die landwirtschaftliche Bevölkerung und die landwirtschaftliche Tätigkeit überwiegen. Andere Provinzen weisen wiederum einen bedeutsamen Mangel auf. Dieser Mangel besteht in der Rheinprovinz- in einer Höhe von 58 Prozent, d. h. die Rheinprovinz liefert in der Zahl der Unteroffiziere, die es nach seiner Größe zu liefern hätte, nur 42 Prozent, Westfalen liefert 48 Prozent oder der Mangel hat eine Höhe von 52 Prozent; Hamburg hat naturgemäß auch einen Mangel aufzuweisen. Er ist aber nicht so hoch, wie man nach der Industrie annehmen könnte, denn der Mangel beträgt nur 68 Prozent, d. h. es liefert 32 Prozent der Unteroffiziere, die es eigentlich zu liefern hätte. Berlin ist darin aber Hamburg noch bedeutend über und übertrifft sogar noch mehrere Provinzen, bei denen die Industriearbeiter überwiegen, denn der Mangel beträgt in Berlin nur 43 Prozent, es liefert 57 Prozent derjenigen Unteroffiziere, die es nach seiner Größe und Bevölkerungszahl zu liefern hätte. Bei den Rekruten, die Berlin zu liefern hat, stellen sich die betreffenden Zahlen allerdings viel ungünstiger, denn hier beträgt der Mangel 61 Prozent, d. h. es liefert nur 39 Prozent Soldaten von derjenigen Anzahl, die es eigentlich zu liefern hätte. Die Provinzen Pommern, Ostpreußen, Brandenburg und Sachsen zeichnen sich bei der Lieferung des Soldatenmaterials auch wiederum aus. Von dem Gesamtüberschuß von 107 Proz., den Preußen liefert, kommen auf Pommern 33 Prozent, auf Sachsen 34 Prozent und auf Ostpreußen 40 Prozent. Brandenburg hat

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403282-12/fragment/page=0001

allerdings hier einen sehr geringen Stand aufzuweisen, denn es ist an dem Gesamtüberschuß nur mit 3 Prozent beteiligt. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser geringe Ueberschuß auf Berlin zurückzuführen ist.

Zur Residenzpflicht der Beamten.

Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses hat den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, eine zeitgemäße Revision der Bestimmungen des allgemeinen Landrechts in bezug auf die Wohnpflicht der Beamten dahin einzuleiten, daß, sofern nicht dienstliche Gründe das Wohnen im Orte des Amtssitzes zwingend erfordern, sowohl den unmittelbaren wie den mittelbaren Staatsbeamten freisteht, auch außerhalb in Vororten Wohnung zu nehmen, die mit dem Orte des Amtssitzes in fortlaufender, kurzfristiger Verkehrsverbindung stehen, sowie in entsprechender Weise Bestimmungen vorzusehen, durch welche auch den von den Gemeinden angestellten Lehrern die gleiche Wohnung gewährleistet wird.

Das öffentliche Verdingungswesen.

Die 15. Kommission des Reichstags beschloß am Donnerstag, ihre zur Regelung des Submissions- und Lieferungswesens im Deutschen Reiche gefaßten Beschlüsse als Gesetzentwurf betreffend das öffentliche Verdingungswesen an das Plenum zu bringen, und ersuchte weiter den Reichskanzler, bis zum Inkrafttreten dieses Entwurfs die darin niedergelegten Grundsätze auf dem Verwaltungswege durchzuführen und im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Bundesstaaten ihre Bestimmungen über die Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen möglichst einheitlich nach den Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs regeln.

Aus einer sozialdemokratischen Konsumgenossenschaft.

Bei der am ganzen Niederrhein verbreiteten Konsum- und Produktivgenossenschaft „Niederrhein", Sitz Krefeld, die einen Umsatz von mehreren Millionen Mark, eine eigene Bäckerei, Metzgerei usw. hat, ist in einer außerordentlichen Generalversammlung die Amtsentsetzung sämtlicher Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beschlossen worden. Wie der „Rheinisch-Westf. Ztg." berichtet wird, wurde der Antrag auf Amtsentsetzung u. a. damit begründet, daß sich gewisse Vorkommnisse im Bäckereibetriebe nicht mit genossenschaftlichen Grundsätzen vereinbaren ließen. Die Entlassung zweier Bäcker sei erfolgt, weil sie im Arbeiterausschusse die Rechte der Arbeiter vertreten hätten, stelle also eine Maßregelung dar, wie sie in keinem kapitalistischem Betriebe vorkomme. Im Bäckereibetriebe gehe es wie auf einem Kasernenhofe zu. Der Verbandsdirektor Markus (Düsseldorf) versuchte vergeblich, die Verwaltung zu verteidigen; alle Redner, die für diese Partei nahmen, wurden schließlich niedergeschrien. Für den Antrag auf Amtsentsetzung des Vorstandes stimmten 403 Mitglieder, dagegen 120. Der zweite Antrag auf Amtsentsetzung des Aufsichtsrats wurde mit 382 gegen 88 Stimmen angenommen.

Keine Krankenkassenbeiträge für Sonn- und Feiertage.

In den Satzungen vieler Krankenkassen ist ausdrücklich die Bestimmung enthalten, daß auch allgemein für Sonn- und Feiertage den Angehörigen der Kasse Krankengeld zugelprochen werden kann, wie dies ausdrücklich § 191 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung zuläßt. Natürlich entstanden dadurch den Kassen bedeutende Mehrausgaben, die diese dadurch decken zu müssen glaubten, daß sie von ihren Mitgliedern auch für die Sonn- und Feiertage Krankenkassenbeiträge erhoben. Dieses Verfahren ist nunmehr, wie der „Inf." mitgeteilt wird, als unzulässig erklärt worden. Eine Entscheidung des Beschlußsenats der Abteilung für Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung des Reichsversicherungsamtes hat mit ausführlicher Begründung den Grundsatz aufgestellt, daß für Sonn- und Feiertage keine Krankenkassenbeiträge erhoben werden dürfen, auch wenn laut Satzung Krankengeld für diese Tage gezahlt wird. Bereits das Oberversicherungsamt hatte in einem solchen Falle die Genehmigung zur Aufnahme einer Bestimmung in die Satzung einer Krankenkasse, wonach die Mitglieder auch für Sonn- und Feiertage Beiträge zu entrichten hätten, versagt. Das Reichsversicherungsamt stellt sich mit seiner Entscheidung nunmehr auf den gleichen Boden, und hat mehrfach die Beschwerden verschiedener Kreisausschüsse gegen die Versagung der Genehmigung durch das Oberversicherungsamt zurückgewiesen. Das Reichsversicherungsamt hebt in der Begründung seiner Entscheidung ausdrücklich hervor, daß die Genehmigungsverweigerung des Oberversicherungsamtes durchaus zu Recht erfolgt sei.

Der Zentralverband christlicher Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter

Deutschlands nimmt in einem der Oeffentlichkeit übergebenen Tätigkeitsberichte zur Frage des Streikrechts der Landarbeiter Stellung. In dem Berichte wird darauf hingewiesen, daß man wiederholt dem Verbande von wohlgesinnter Seite nahegelegt habe, grundsätzlich auf das Streikrecht zu verzichten; demgegenüber wird ausgeführt: „Trotzdem können und wollen wir nicht darauf verzichten: einmal, weil wir hier und da gegenüber unsozialen Arbeitgebern notwendigerweise zu diesem letzten Mittel unsere Zuflucht nehmen müssen, wenn anders wir die Vertretung der Arbeiterinteressen nicht vernachlässigen wollen, und dann weil wir Rechte und Freiheiten, die uns gesetzlich verliehen sind, grundsätzlich nicht freiwillig preisgeben. Das Recht, ihre Arbeitsverträge zu lösen und unter bestimmten Voraussetzungen neue Verträge einzugehen, kann den Arbeitern, die im freien Erwerbsleben stehen, soweit nicht höhere nationale Gesamtinteressen in Frage kommen, nicht genommen werden. Die geltenden Gesetze verbieten das Recht auch den ländlichen Arbeitern nicht. Freilich bestehen einzelne Bestimmungen, die die Ausübung des Rechtes erschweren sollen, im letzten Grunde aber nur Verzögerungsmittel (?) und deshalb von Schaden sind, ohne ihren eigentlichen Zweck zu erfüllen. Verboten ist aber nur die Verabredung zur Arbeitseinstellung oder die Aufforderung zur Teilnahme an einer solchen Verabredung, womit ein Druck auf den Arbeitgeber ausgeübt werden soll. Die Arbeitseinstellung selbst ist ebensowenig untersagt wie die Aufforderung (?) zur Arbeitseinstellung, sofern die Verabredung unberührt bleibt. Hiernach ist zwar die Vorbereitung einer gemeinschaftlichen Arbeitsverweigerung im herkömmlichen Sinne nicht möglich; es kann jedoch die gleiche Wirkung trotzdem erzielt werden. Das Gesetz vom 24. April 1854 hat übrigens nur für den damaligen Umfang Preußens Gültigkeit. In der Provinz Hannover, Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein haben die Landarbeiter das uneingeschränkteste Vereinigungsrecht und dürfen Arbeitseinstellungen so oft verabreden und durchführen, wie sie es für zweckmäßig halten. Auch in den süddeutschen und anderen außerpreußischen Bundesstaaten besitzen die Landarbeiter ein durch keinerlei Gesetzesbestimmungen eingeengtes freies Koalitionsrecht."

Wir meinen, der Verband christlicher Landarbeiter hätte doch besser getan, den Ratschlägen von wohlgesinnter Seite zu folgen.

Kleinere politische Nachrichten.

* **Teilnahme Kaiser Wilhelms an den Manövern in Ungarn.** Am kompetenter Wiener Stelle wird bestätigt, daß Kaiser Wilhelm die Einladung des Thronfolgers Erzherzogs Franz Ferdinand zur Teilnahme an den großen Manövern bei Güns in Ungarn angenommen hat. Kaiser Wilhelm werde Ende August in Ungarn eintreffen.

* **Geschenk des Herzogs von Cumberland für Kaiser Wilhelm.** Während seines Aufenthaltes in Wien stattete Kaiser Wilhelm, wie berichtet wurde, dem Herzog von Cumberland einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit zeigte der Herzog seinem Gaste auch die reichhaltigen Sammlungen des Penzinger Palais, namentlich jene des Königlichen Münzkabinetts mit der Münzen-, Medaillen- und Siegelsammlung und dem bekannten Reliquienschatz. Bei Besichtigung der Münzensammlung überreichte der Herzog dem deutschen Kaiser, wie aus Wien gemeldet wird, als Geschenk die großen Gußmedaille der vom Kammermedailleur Richard Placht modellierten Medaille zur Erinnerung an die Vermählung des Herzogs Ernst August mit der Prinzessin Viktoria Luise. Kaiser Wilhelm zeigte sich über dieses Geschenk sehr erfreut.

* **Eingestelltes Meineidsverfahren.** Die Staatsanwaltschaft hat die Einstellung des gegen den Landtagsabgeordneten Held schwebenden Meineidsverfahrens beantragt.

Die Rochette-Angelegenheit.

In der Nachmittagssitzung der Rochette-Kommission erklärte Jaurès, er habe gestern vormittag um 11 Uhr 30 Minuten in seiner Wohnung einen **„Rochette" unterzeichneten Brief** erhalten. Aus dem Briefe, der datiert ist: Luzern, 25. März, geht hervor, daß Rochette selbst derjenige war, der eines Tages bei dem Advokaten Bernard erschien und ihm sagte, ein Antrag auf Vertagung des Prozesses würde ohne weiteres bewilligt werden. Ferner wird in dem Brief ausdrücklich erklärt, daß Rochette keinerlei Beziehungen mit Caillaux oder Monis gepflogen habe, und daß diese seinen Angelegenheiten vollkommen fern stünden. Delahaye erkannte die Handschrift des Briefes als die Rochettes. Jaurès erklärte darauf, wie es kam, daß der Brief Rochettes, der vorgestern im Palais Bourbon eingetroffen war, ihm nach seiner Wohnung geschickt wurde, wo er ihn gestern mittag fand. Da Rochette den Verteidiger Bernard von dem Berufsgeheimnis entbunden hat, wurde Bernard von neuem vor die Kommission berufen. Der Advokat Bernard, welchem der Brief Rochettes vorgelegt wurde, erkannte an, daß nach seiner festen Ueberzeugung das Schreiben von Rochette selbst stamme. Er gab aber der Ansicht Ausdruck, daß ihn dieser nicht von seiner Berufsschweigepflicht zu entbinden das Recht habe, da sie auf einem staatlichen Gebot beruhe.

Vor dem Untersuchuß der Rochette-Kommission wurde heute der Anzeigenvertreter Russel vernommen, der erklärte, er habe die Veröffentlichung in den Angelegenheiten Rochettes in der gleichen Weise vermittelt wie für andere Banken. Für die vor der Verhaftung Rochettes erfolgten Veröffentlichungen seien ungefähr zwei Millionen, für die nach der Verhaftung erfolgten etwa eine Million Francs ausgegeben worden. Russel hält es für unmöglich, eine Liste derjenigen aufzustellen, die aus diesen Anzeigen Nutzen zogen, doch seien die Anzeigen nur Zeitungen in der üblichen Weise zugegangen. Keine politische Persönlichkeit hätte dafür Geld bekommen, und auch keiner Zeitung seien wegen ihrer politischen Stellungnahme besondere Zuwendungen gemacht worden.

*

Die geschiedene Frau des früheren Finanzministers Caillaux wurde gestern vom Untersuchungsrichter Boucard vernommen. Sie erklärte mit ihrem Ehrenwort, daß sie Calmette weder direkt noch indirekt irgend einen der intimen Briefe Caillaux' oder Photographien dieser Briefe übermittelt habe.

*

Die französische Kammer

erörterte heute die beiden ersten Titel der vom Senat genehmigten Einkommensteuervorlage betreffend bebautes und unbebautes Grundeigentum und die beweglichen französischen und ausländischen Werte. Finanzminister Renoult wies auf die Notwendigkeit hin, diesen Teil der Steuerreform unverzüglich durchzuführen. Er hob hervor, daß der erste Titel den Boden um 50 Millionen entlaste und der zweite die Begüterten treffe. Wenn die gegenwärtigen Maßnahmen nicht genügen sollten, um Betrug und Kapitalshinterziehungen zu verhüten, werde man andere Maßnahmen verlangen. Auf einen entsprechenden Einwand erwiderte Finanzminister Renoult: Wenn zu große Lasten ausländische Werte vom französischen Markte ablenken sollten, so werden wir die drei Prozent Gebühr, welche die Regierung festsetzt, herabsetzen. (Zustimmung.) Darauf wurde die Generaldebatte geschlossen und der Gesetzentwurf im ganzen gegen eine Stimme angenommen.

Die Kammer wird voraussichtlich am nächsten Mittwoch die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses in der Rochette-Angelegenheit erörtern und die Parlamentssession am Donnerstag geschlossen werden.

Asquiths Erklärung.

In Erwartung der Erklärung des Premierministers Asquith ist das Unterhaus dicht besetzt. Zu Beginn der Sitzung wurde bekanntgegeben, daß das Kabinett noch tage und somit die Erklärung erst gegen Schluß der Sitzung des Unterhauses abgegeben werden könne. Die lange Dauer der Kabinettssitzung und die Tatsache, daß Sir John French hinzugezogen wurde, sowie der Aufschub der Erklärung Asquiths werden in den Wandelgängen des Unterhauses als Anzeichen einer neuen schweren Krise gedeutet. Die Führer der Unionisten sagen die Demission des Kabinetts voraus.

Premierminister Asquith gab im Unterhause die Erklärung ab, daß Feldmarschall French und Generalleutnant Ewart ihren Abschied eingereicht hätten. Die Regierung habe sie ersucht zu bleiben und erwarte nunmehr ihre endgültige Antwort.

Ausland.

Aus Albanien.

Anläßlich des Geburtstages des Fürsten Wilhelm am Donnerstag prangte die Stadt im Flaggenschmuck. In der Moschee sowie in der katholischen und orthodoxen Kirche fanden Festgottesdienste statt. Mittags wurde das diplomatische Korps vom Fürsten in gemeinsamer Audienz empfangen, wobei der rumänische Gesandte Burghele als Doyen des Korps in einer Ansprache die Glückwünsche zum Ausdruck brachte, für welche Fürst Wilhelm in herzlichen Worten dankte. Abends gab der Fürst ein Diner, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen waren, darunter an sämtliche diplomatischen Vertreter.

Gegenüber der Meldung des „Temps" über angebliche Anarchie in Durazzo und Verhängung des Kriegszustandes wird von Wiener unterrichteter Seite erklärt, daß hier über irgendwelche beunruhigende Vorgänge in Durazzo nichts bekannt ist. Nach den in den letzten Tagen eingegangenen Telegrammen aus Durazzo herrschen dort vollständig normale Zustände. Die „Albanische Korrespondenz" bestätigt ebenfalls, daß in Durazzo Ruhe herrscht und meldet, daß fortgesetzt aus allen Teilen des Landes Huldigungstelegramme für den Fürsten einlaufen.

Amtlich wird gemeldet, daß der russische Kollegienrat Petrjajew zum Generalkonsul und Kommissar der europäischen Kontrollkommission in Albanien ernannt worden ist.

Im Sinne der Frauenrechtlerinnen.

Das Repräsentantenhaus des Staates Massachusetts in Nordamerika hat mit 164 gegen 39 Stimmen ein Amendement zur Staatsverfassung angenommen, wodurch das Wort „männlich" in den Bestimmungen über die Wahlberechtigten weggelassen werden soll. Das gleiche Amendement ist im Senat bereits angenommen worden.

Vermischtes.

Ein schweres Unglück in Brunsbüttelkoog.

Gestern vormittag gegen 11 Uhr ereignete sich beim Abmontieren der die neue Nordseeschleuse überspannenden Stilbahn ein schweres Unglück. Als der mit einer Anzahl Arbeitern besetzte Laufwagen sich gerade über der Schleuse befand, brach ein Stützbock zusammen, und der Wagen mit allen darin befindlichen Leuten stürzte ins Wasser. Es sind fünf Tote geborgen worden. Der verunglückte Schwebekran gehörte der Baufirma Holzmann u. Co. Der Unfall ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter beim Abmontieren auf der einen Seite des Kranes zuviel Eisenteile weggenommen hatten, so daß die nötige Stütze fehlte und der Kran umstürzte. **Im ganzen sind fünf Mann getötet worden, drei wurden schwer verletzt.**

Weitere Meldungen besagen: Der Unfall ereignete sich bei dem Abbau der letzten Kabelbahn, die beim Schleusenbau benutzt worden war, dadurch, daß die beiden Endstützen der Kabelbahn umstürzten, nachdem die Belastung auf der einen Seite weggenommen worden war. Die Stütze an der Nordseite stürzte nach der Kanalfront, während die Südseitenstütze stehen blieb. Sie brach jedoch in ihrem oberen Teile in sich zusammen. Ein Arbeiter konnte sich durch Abspringen retten. Von den Getöteten und Verletzten sind die meisten Ausländer, zwei Oesterreicher, einer Italiener, zwei Polen.

*

18 Menschen ertrunken.

Wie „Lloyds" aus Brisbane meldet, ist der französische Dampfer „St. Paul" auf der Fahrt nach Sydney, als er in den Hafen einlief, auf einen Felsen gestoßen und gesunken. Achtzehn Personen sind ertrunken. Ein Lotsendampfer hat elf Ueberlebende an Land gebracht.

*

In der russisch-amerikanischen Gummifabrik von Treugolnik, wo viele Arbeiter und Arbeiterinnen infolge von Benzindämpfen an Vergiftungserscheinungen erkrankt sind, ist es zu Unruhen gekommen, die in mehreren Kundgebungsversuchen ihren Ausdruck fanden. Die Arbeiter bewarfen die Polizei, welche die Menge zerstreuen wollte, mit Steinen und verwundeten vier Polizeibeamte.

Herzog Ernst August von Braunschweig traf gestern nachmittag in Begleitung des Ministers Wolff in Wolfenbüttel ein, um das Landeszentralgefängnis zu besichtigen. Als er im Gefängnis angekommen war, ließ er 1½ Zentner Wurst an die Gefangenen verteilen und aus einer nahegelegenen Konditorei eine große Menge Kuchen und Kaffee für die weiblichen Gefangenen holen. Fünf Gefangenen wurde der Rest ihrer Strafe erlassen.

Die Wiederherstellung der Ebernburg. Dr. Krupp von Bohlen und Halbach hat zur Wiederherstellung der an der preußisch-hessischen Grenze bei Obermoschel (Rheinpfalz) gelegenen Ebernburg 100 000 Mk. gegeben. Die alte Feste Sickingens, ursprünglich als Talsperre erbaut und später eine Freistätte von Vorkämpfern der Reformation, ist im Jahre 1801 um acht Frank versteigert worden und hat seither öfters ihre Besitzer gewechselt. Jetzt hat sie, wie vor kurzem gemeldet wurde, die „Evangelische Gemeinschaft" in der Rheinpfalz erworben. Sie soll zu einer Wartburg des Westens und als Wahrzeichen der Reformation ausgebaut werden. An der Burg befindet sich das gemeinsame Denkmal Ulrich v. Huttens und Franz v. Sickingens.

Die Festungsmalereien des Kaplans. Wie wir seinerzeit berichtet hatten, wurden im vorigen Jahre vier Kapläne aus Diebenhofen vom Oberkriegsgerichte des 16. Armeekorps zu Festungshaftstrafen verurteilt, die in der Festung Magdeburg verbüßt wurden. Ein russischer Offizier, der unlängst ebenfalls in Magdeburg unfreiwilliger Festungsaufenthalt nehmen mußte, entdeckte in seiner Zelle Inschriften und Malereien, die er abschrieb. Beides stammte von einem der Kapläne, der vor dem russischen Offizier den Raum bewohnt hatte. Durch die Veröffentlichung der Inschrift in der Presse erfuhr davon auch die deutsche Militärbehörde, die darin mit Recht eine Beleidigung erblickte. Gegenwärtig schwebt nun in dieser Angelegenheit ein Ermittelungsverfahren, um den betreffenden Diebenhofener Kaplan zur Verantwortung ziehen zu können.

Förderung der heimatlichen Blumenpflege auf dem Lande. Wie die „Inf." erfährt, wurden in letzter Zeit von verschiedenen Seiten Maßnahmen zur Förderung heimatlicher Blumenpflege unter der Landbevölkerung getroffen. Als vorbildlich in dieser Hinsicht darf ein Erlaß des Landrates in Lüneburg gelten, der die Pflege der charakteristischen Blumen und Pflanzen, die in den Dörfern und auf dem Lande immer mehr aussterben, der Bevölkerung ans Herz legt. Der Landrat weist darauf hin, daß die leuchtenden und bunten Blumen, die die Dorfkirchen und Anwesen zieren und ihnen heimatliche Prägung geben, als ein wertvolles Stück Heimatpflege zu betrachten sind, das unbedingt den Reiz der Ortschaften zu erhöhen geeignet ist. Deshalb sollen die Dorfbewohner nach Möglichkeit dazu beitragen, daß das alte, vertraute Bild einer deutschen Dorfstraße wieder entsteht und zu diesem Zwecke jeden geeigneten Fleck mit solchen Blumen bepflanzen. Es ist hierbei besonders an Goldlack, die verschiedenen Lilienarten, Fuchsschwanz, Nelken, Glockenblumen, Astern, Malven usw. gedacht. Es sind dies die Blumenarten, die bereits die Vorfahren mit Liebe und Sorgfalt pflegten. Der Landrat hat sich selbst bereit erklärt, persönlich den Bewohnern in dieser Beziehung zur Seite zu stehen. Er bittet alle Dorfbewohner, die in seinem Sinne wirken und die alten farbenprächtigen Blumen in den Hausgärten wieder pflanzen wollen, ihm dies mitzuteilen. Die etwa vorhandenen Wünsche, die hinsichtlich der anzupflanzenden Blumen usw. geäußert werden, sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Ferner sollen Ratschläge über Anbau und Pflege der einzelnen Blumenarten veröffentlicht werden.

Zum Köpenicker Unglück. Die in der Angelegenheit des Köpenicker Unglücks verhafteten Schiffer Valentin und Polzhagen sind gestern aus der Haft entlassen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403282-12/fragment/page=0002

Aus Halle und Umgebung.

Halle, den 28. März.

Karfreitagsbitte.

Auch in diesem Jahre erläßt wiederum das Syrische Waisenhaus seine „Karfreitagsbitte". Die Anstalt mit ihrer Missionsgemeinde, ihren Stationen in Jerusalem, Bir-Sälem und Nazareth bedarf sehr der Gaben der Liebe der heimischen Christenheit, die ihre großen Pflichten hat gegen das Land, in dem der Heiland geboren ist, gelebt hat und gestorben ist für uns. Darum laßt uns nicht vergessen, am Karfreitag unsere Schuld abzutragen. „Ein Scherflein unter Jesu Kreuz Gib für Jerusalem; Versag' es nicht, die Not gebeut's, Dem Herrn ist's angenehm."

— **Am bevorstehenden Quartalswechsel** verlassen voraussichtlich wieder ungezählte Jugendliche die Heimat und das Elternhaus, um sich in der Fremde eine Existenz zu suchen. Allen denjenigen, die in der Großstadt ihr Glück versuchen wollen, rät die Bahnhofsmission dringend, die Heimat nicht eher zu verlassen, bis sie sich eine gute Stelle gesichert haben. Durch unbedachten Stellenwechsel und leichtsinnigen Zuzug nach der Großstadt geraten bei der großen Arbeitslosigkeit Unzählige in große Not. Jugendliche, die am 1. April nach Berlin ziehen, werden besonders auf die Bahnhofsmission für männliche Jugend Berlin C. 54, Sophienstraße 19 oder auf die Deutsche Bahnhofsmission (für junge Mädchen) Berlin N. 4, Tieckstraße 17 aufmerksam gemacht, die den Zuziehenden gern mit Rat und Tat dienen. Die Helferinnen und Helfer der Bahnhofsmissionen sind vom 30. März bis 2. April auf allen Berliner Fernbahnhöfen anzutreffen, an einer Armbinde mit der entsprechenden Aufschrift zu erkennen.

— **Verband reisender Kaufleute.** Im Mai findet in unseren Mauern die 29. Generalversammlung des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands statt. Die Sicherstellung der wirtschaftlichen Zukunft des reisenden Kaufmanns und seiner Familienangehörigen und die Wahrnehmung und Förderung der Interessen des Standes waren die leitenden Gedanken, die vor nun bald dreißig Jahren einige reisende Kaufleute vereinten, um den Verband ins Leben zu rufen. Diesem Programm getreu hat der Verband seit seinem Bestehen bis heute gearbeitet und kann auf schöne Erfolge zurückblicken. Seine Wohlfahrtskassen, die kostenfreie Stellenvermittlung und der kostenlose Rechtsrat haben schon viel Segen gestiftet, und die standespolitische Arbeit des Verbandes in allen Fragen des öffentlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens hat gute Früchte gezeitigt. Namentlich auf dem Gebiete des Verkehrswesens hat der Verband und seine sieben Verkehrskommissionen, die sich über ganz Deutschland verteilen, eine besonders lebhafte Tätigkeit entfaltet, der schon so manche Zugverbesserung zu danken ist. Mehr als die Hälfte der von den Verkehrskommissionen gestellten Anträge sind von den Eisenbahnverwaltungen angenommen worden, und beträchtliche Geldsummen sind vom Verband für die Arbeiten zur Verbesserung des Verkehrswesens aufgewendet worden. Auch postalische Neuerungen (Einkilopaket, Regelung der Briefbestellung und Schalterdienststunden an Sonntagen usw.) hat der Verband gefördert und immer wieder verlangt. In verschiedenen Denkschriften hat er bei Gelegenheit des Abschlusses oder der Erneuerung von Handelsverträgen für Aufhebung der Besteuerung der Reisetätigkeit oder Ermäßigung der Steuer, sowie für Zollfreiheit im Musterverkehr eine Lanze gebrochen. Durch diese, dem gesamten deutschen Handel zugute kommende Wirksamkeit hat er sich in hohem Maße die Sympathien auch der selbständigen Kaufmannschaft errungen und neben 60 Handelskammern gehören ihm schon jetzt ungefähr 3000 stiftende und außerordentliche Mitglieder an, darunter viele der angesehensten Firmen im gesamten Reiche. Der Verband gibt sich der Hoffnung hin, daß auch in unserer Handels- und Industriestadt Halle a. S. anläßlich der im Mai hier tagenden Generalversammlung der Kreis der stiftenden und außerordentlichen Mitglieder, denen bereits 26, darunter auch die Handelskammer der Sektion Halle a. S. angehören, weiter mehren wird.

Letzte Telegramme.

Die Aufwandsentschädigungen für soldatenreiche Familien.

Berlin, 28. März. Nach einem Beschlusse des Bundesrats erhalten Familien, von denen Söhne durch Ableistung ihrer gesetzlichen zwei- oder dreijährigen Dienstzeit eine Gesamtdienstzeit von sechs Jahren zurückgelegt haben, auf Verlangen Aufwandsentschädigung in Höhe von 240 Mark jährlich für jedes weitere Dienstjahr eines jeden seiner gesetzlichen Dienstpflicht genügenden Sohnes. Die Aufwandsentschädigungen sind erstmalig für die Zeit vom 1. Oktober 1913 bis 31. März 1914 zu zahlen. Die Berechtigten tun gut, ihre Ansprüche bei der Gemeindebehörde ihres Aufenthaltsortes möglichst bald anzumelden.

Vorläufige Ahndung.

Warschau, 28. März. Laut „Lokalanz." haben die Ausschreitungen polnischer Studenten gegen das deutsche Generalkonsulat eine vorläufige Ahndung gefunden. Fünf Studenten wurden zu drei Monaten, einer zu zwei Monaten und 53 zu einem Monat Haft verurteilt. Die Verurteilung erfolgte seitens des Generalgouverneur-Gehilfen auf Grund seiner polizeilichen Gerichtsfunktion. Unbeschadet dessen dauert die gerichtliche Untersuchung fort.

Drei Schüler vermißt.

Mannheim, 28. März. Drei Söhne angesehener Bürger, Schüler der Mittelschule, von denen einer aus der Kasse seines Vaters 6000 Mark mitnahm, werden vermißt. Man glaubt, daß sie sich nach Frankreich gewandt haben, um Dienste in der Fremdenlegion zu nehmen.

Ein deutsches Segelschiff gestrandet.

Kopenhagen, 28. März. Das deutsche Segelschiff „Luise und Helene" aus Neuwarp (Pommern) ist bei der Insel Bornholm gestrandet. Von der Mannschaft hat man bis jetzt nichts gesehen. Die Schiffstrümmer werden dem „Lokalanz." zufolge ununterbrochen an Land getrieben.

2 Meter Schneehöhe.

Karlsruhe, 28. März. Im Hoch-Schwarzwald erreicht die neue Schneedecke 2 Meter Höhe, den höchsten Stand seit Jahren.

Torreon in Villas Händen.

New-York, 28. März. Nach einer Meldung der „Associated Preß" aus Juarez ist dort ein von Freitag nachmittag datiertes Telegramm Villas eingetroffen, wonach Villa fast die ganze Stadt Torreon einschließlich des Geschäftsviertels in Händen hat.

*

(Wiederholt.)

Deutschland in Albanien.

Berlin, 27. März. Bei der fortgesetzten Etatsberatung für das Auswärtige Amt in der Budgetkommission des Reichstags teilte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mit, daß noch nicht entschieden sei, ob ein Gesandter oder ein Generalkonsul nach Durazzo gesandt werden soll. Oesterreich-Ungarn hätte dort eine Gesandtschaft, Rußland ein Generalkonsulat und Frankreich eine Ministerresidentur zweiten Ranges eingerichtet. Die Geschäfte würden bis zu der endgültigen Entscheidung dieser Frage provisorisch durch einen dorthin entsandten Beamten geführt werden.

Aus Rußland.

Petersburg, 27. März. Der Ministerrat billigte die Einbringung eines Gesetzentwurfs des Handelsministeriums an die Duma, durch den die Westgrenze und die Häfen des Schwarzen Meeres zeitweilig für die Ausfuhr von Pferden geschlossen werden.

Börsen- und Handelsteil.

Hamburg-Amerika-Linie.

In der Generalversammlung hielt der Vorsitzende des Aufsichtsrats Max Schinkel eine Ansprache, in der er ausführte, die Hochkonjunktur habe auch bei den Linienreedereien den Höhepunkt seit einigen Monaten für die meisten Verkehrsgebiete überschritten. Die Verhandlungen über die Erneuerung der Kartelle seien noch nicht zu Ende geführt. Man beschäftige sich mit der Fertigstellung der rechnerischen Grundlagen, die durch den beabsichtigten Beitritt der kanadischen Linien eine völlige Verschiebung erführen. Im Interesse der Gesellschaft könnten hierüber keine weiteren Mitteilungen gemacht werden, auch nicht über die gleichfalls noch in der Vorbereitung befindliche Betriebsgemeinschaft mit dem Norddeutschen Lloyd, da es sich nicht um eine Regelung des nordatlantischen Verkehrs allein, sondern auch um eine Neuordnung der Beziehungen auf allen denjenigen Verkehrsgebieten handele, auf welchen sich die beiden Gesellschaften gemeinsam betätigen. In der Diskussion stellte u. a. Dr. Hahn verschiedene Anfragen über Subventionen usw. Generaldirektor Ballin bekannte sich erneut als Gegner jeder Subvention. Er erklärte ferner, daß der Imperator-Typ vollkommen die Wünsche des reisenden Publikums darstelle. Auch die Zwischendecksreisenden zögen den „Imperator" vor. Dieser habe heute einen neuen Rekord in der Geschwindigkeit zwischen den Scilly-Inseln und Amerika erzielt. Ferner teilte Generaldirektor Ballin mit, daß die Absicht einer Beteiligung an der Stettiner Verkehrsgesellschaft nicht aufgegeben worden sei. — Aus dem Aufsichtsrat scheidet Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, der einen Schlaganfall erlitten hat, aus. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats wurde Max Schinckel wiedergewählt.

Abtrennung von Dividendenscheinen.

Zu trennen sind am: 28. März Berlin-Charlottenburger Straßenbahn ½ Proz. Dividende, Große Berliner Straßenbahn 8 Proz., Barmer Bankverein 6½ Proz., Farbstoffwerke H. Renner u. Co. 19 Proz., Rheinische Bahngesellschaft 6 Proz., Frankfurter Hypothekenbank 10 Proz., Akt.-Ges. f. Feinmech. v. Jetter & Scheerer 10 Proz., Frankfurter Hof A.-G., Frankfurt a. M. 7½ Prozent, Hirsch A.-G. f. Tafelglasfabrikation 0 Proz., Jasmatzi Akt.-Ges. 16 Proz., Mech. Tricotweberei Mattes & Lutz 8½ Proz., Portl.-Cem.-Fabr. Heyn Gebr. St.-A. 0 Proz., Portl.-Cem.-Fabr. Heyn Gebr. Vorz.-A. 6 Proz., Stettiner Portland-Cementfabrik 11 Proz., Terrain A.-G. Holzhausenpark 0 Proz., Ver. Gaswerk Augsburg 9½ Proz., Badische Assecuranz-Gesellschaft 112,50 Mk., 30. März Bayerische Handelsbank 8,05 Proz., Leipz. Allg. Deutsche Credit-Anst. 8½ Proz., Schwarzburg. Hypothekenbank 5½ Proz., Arenberg'sche A.-G. für Bergbau 25 Proz., Chem. Ind. Gelsenkirchen-Schalke 10 Proz., Hamburg-Amerika-Linie 10 Proz., Königin Marienhütte 5 Proz., Rheydt Elektrotechn. F. Max Schorch 8 Proz., Stuttgarter Straßenbahnen 9 Proz., Bremer Wollwäscherei 9 Proz., Deutsche Dampfschiffahrts-Ges. Kosmos 16 Prozent, Lederwerke vorm. Spicharz 5 Proz., Neue Stettiner Zucker-Siederei 3 Proz., Stettiner Speicher-Verein 3 Prozent.

Berliner Wollbericht

vom 26. März. Im deutschen Rohwollhandel zeigte sich im letzten Wochenabschnitt seitens der inländischen Fabrikantenkundschaft wieder angenehme Kauftätigkeit. Die Bedarfsfrage war ziemlich lebhaft und führten die Unterhandlungen größtenteils schlank zu Abschlüssen, wobei der bisherige Wertstand maßgebend blieb. Von den hiesigen Lägern gingen ca. 800 Zentner Schmutzwollen in anderen Besitz über. Aus den anerkannt besten Bezugsgegenden trafen einige neue Zufuhren hier ein, durch welche die Lagerabzüge wieder vorvollständigt wurden. Die Tendenz ist unverändert fest. Das Kontraktgeschäft blieb mit wenigen Ausnahmen still. Der Abzug von überseeischen Wollen war bei fester Preislage regelmäßig. Von den sonstigen maßgebenden Wollstapelplätzen des In- und Auslandes gestaltete sich die Geschäftslage des Rohwollmarktes befriedigend. Für die nächste Wollauktion in Forst i. L. ist der 24. April festgesetzt. Ungewaschene Gerberwollen hatten eine ruhige Geschäftswoche; auch hielten sich die Umsätze in gewaschenem Produkt in engeren Grenzen. Für grobe ausländische Gerberlammwollen ist die Tendenz fest.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 27. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Tendenz für Brotgetreide erfuhr heute eine Befestigung, da sich in Weizen das Exportgeschäft besser anließ und für Roggen sich bei recht geringem Inlandsangebot Deckungsbegehr bemerkbar machte. Auch die höheren Pester Notierungen stimulierten. Hafer war bei stillem Verkehr behauptet. Mais und Rüböl lagen träge. Das Geschäft war sehr eng begrenzt. Wetter: bewölkt.

Schlußbörse.

Weizen: Mai 198,00, Juli —,—, Septbr. 196,25 M; ruhig.
Roggen: Mai 160,50, Juli 163,50, Sepbr. 160,75 M: fester.
Hafer: Mai —,—, Juli —,— M; ruhig.
Mais: Mai —,—, Juli —,— M: ruhig.
Rüböl: März —,—, Mai 65,90, Okt. —,— M; geschäftslos.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel.

Berliner Frühmarkt. (Amtl. Notierungen.) Berlin, 27. März.

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	188—192
abfallender	——
Mai	198¾
Juli	——
September	——
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Loko inl.*) (per 1000 kg)	155½
abfall.	——
Mai	160½
Juli	——
Dezbr.	——
Gerste†) (per 1000 kg)	
Futterg., leichte inl.	143—148
do. schwere	149—159
Wintergerste, inländ.	——
russ. u. Donau leichte	——
amerikan.	——
Hafer (Normalgew. 450 g):	
Inl.**) fein (p. 1000 kg)	167—180
do. mittel do.	151—166
do. gering do.	——
mit Geruch	——

Mais (p. 1000 kg) frei Wagen:	
Amerik. mix.	——
runder	150—151
Odessa	——
weißer Natal	——
Erbsen (per 1000 kg):	
Inl. u. russ. Futterware mittel	172—184
feine Taubenerbsen	185—205
Viktoriaerbsen	——
Kleine Kocherbsen	——
Weizenmehl (per 100 kg)	
Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	22.00—27.25
Roggenmehl (per 100 kg):	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	18.70—21.20
Weizenkleie:	
grobe und feine	11.00—11.50
Roggenkleie	9.90—10.40
Seradella	——
Lupinen, gelbe	——
blaue	——

*) ab Bahn und frei Wagen. †) frei Wagen und ab Bahn.

Berliner Mittagsbörse. (Notierung der Produktenbörse.)

Weizen (Normalgew. 755 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	188—192
abfall.	——
Mai	198½—198
Juli	——
Sept.	196¼
Oktober	——
Roggen (Normalgew. 712 g):	
Inl. (p. 1000 kg) ab Bahn	155½
April	——
Mai	160¾—160½
Juli	163½
Sept.	160½—160¾
Mais (ohne Ang. d. Prov.):	
amerikan. mixed	——
runder 149—150 (ab Kahn)	
Jan.	——

Hafer (Normalgew. 450 g):	
inländ. fein	164—178
mittel 148-163, gering	——
April	——
Mai	——
Juli	——
Dezbr.	——
Weizenmehl (per 100 kg):	
Nr. 00 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	22.00—27.25
(feinste Marken über Notiz).	
Roggenmehl (per 100 kg)	
Nr. 0 u. 1 brutto einschl. Sack ab Bahn u. Speicher	18.80—21.20
Jan. —.—. Juli. —.—.	
Rüböl (per 100 kg in Faß):	
Mai	65.90
Dezbr.	—.— Br.

L. Weltmarkt. Berlin, 27. März. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließlich Fracht, Zoll und Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen** Berlin 755 gr Mai 198,00, Juli —,—. **Newyork Red Winter Nr. 2 loko** 164,30, Mai 156,80, **Chicago Northern I Spring,** Mai 143,90, Juli 137,50, Liverpool **Red Winter Nr. 2** März 163,45. **Paris Lieferungsware** März 214,80, **Budapest Lieferungsware** April 216,15. **Odessa Ulka** 9 25/80 3—4% **Bes. einschl. Bordospesen loko** 145,60. **Buenos-Aires** Lieferungsware Mai 160,20. **Roggen:** Berlin 712 gr Mai 160,50, Juli 163,50. **Odessa 9/15 einschl. Bordospesen** loko 110,20. **Hafer:** Berlin 450 gr Mai —,—, Juli —,—. **Mais:** Berlin Lieferungsware Mai —,—. Chicago Lieferungsware Mai 113,05, Buenos-Aires Lieferungsware Mai 87,02.

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Berlin,** 27. März. Trockene Kartoffelstärke und Kartoffelmehl März-April 18,75 Mk., feuchte Stärke 9,60 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen,** 27. März. Branntwein 35 Vol.-% für 100 kg (104—105 Ltr.) 81,75—82,75 Mk., Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 92,50—93,50 Mk. per loko und Lieferung bis Ende September 1914 ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg,** 27. März. Spiritus, roher Kartoffel- in Mark per 100 Liter à 100 %. Tendenz: fest. Ohne Faß. Regulierungspreis 31 Mk., März 31 G., März-April 31 G., April-Mai 31 G. inkl. Eisenband-Spiritusstücke je 5,75 Mk. höher.

— **Paris,** 27. März. Spiritus behauptet, März 42,37½, April 42,75, Mai-August 43,87½, September-Dezember 42,75.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 27. März. Rüböl loko 72,00, Mai 71,00.

— **Hamburg,** 27. März. Rüböl stetig, loko verzollt 68,00.

— **Amsterdam,** 27. März. Leinöl behauptet, loko 28½. April 28, Mai-August 28½, Septbr.-Dezbr. 29¼.

— **Paris,** 27. März. Rüböl ruhig, März 79,50, April 79,25, Mai-August 77,25, Septbr.-Dezbr. 77,25.

Zucker.

W. **Hamburg,** 27. März. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per 50 Kilo per März 9,27½, per April 9,25, per Mai 9,32½, per August 9,52½, per Oktober-Dezember 9,55, per Januar-März —. Tendenz: ruhig.

W. **London,** 27. März. Rüben-Rohzucker 88 % März 9 sh. 2½ d. Wert, stetig. Javazucker 96 % prompt 9 sh. 9 d. nominell, ruhig.

Kaffee.

— **Hamburg,** 27. März. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März — G., Mai 47 G., Septbr. 48¼ G., Dezember 48¾ G. Tendenz: schleppend.

— **Amsterdam,** 27. März. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 40½.

— **Havre,** 27. März. Kaffee. Good average Santos März 58, Mai 58½, September 59½, Dezember 60. Tendenz: ruhig.

W. **Rio de Janeiro,** 26. März. Kaffee. Zufuhren 4000 Sack in Rio, 15 000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 27. März. Baumwolle, stetig. Upland middling loko 64,25 Mk.

— **Antwerpen,** 27. März. Wolle. La Plata-Kammzug Type B April 6,50, Mai 6,47½, Juli 6,42½, Septbr. 6,37½, Novbr. 6,30, Januar 6,25. Tendenz: Ruhig.

— **Liverpool,** 27. März. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — B. Ballen. Tendenz: Ruhig. Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Juni —,— per März-April 6,76, per April-Mai 6,68, per Mai-Juni 6,66, per Juni-Juli 6,60, per Juli-August 6,56, per August-September 6,45, per September-Oktober 6,29, per Oktober-November 6,20, per Novbr.-Dezember 6,14, per Dezember-Januar 6,13.

Metalle.

— **Amsterdam,** 27. März. Bancazinn ruhig, loko 117½.

— **London,** 27. März. Blei, span., 19¼ Lstrl., engl. 19⅜ Lstrl., Zinn 176½ Lstrl., Zink 22¼ Lstrl., Chili-Kupfer 65 Lstrl., 3 Monate 65 7/16 Lstrl.

— **Glasgow,** 27. März. (Schlußbericht.) Roheisen ruhig. Middlesborough Warrants per Kassa 50 sh. 7 d.

Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York,** 27. März. Roter Winter-Weizen loko 106½, per Dezbr. ——, per Mai 101, per Juli 97⅝, per Sept. 95½. Mais per Mai —,—, per Juli —,—, per Sept. —,—. Mehl 4,05 Getreidefracht nach Liverpool 1¼.

W. **Chicago,** 27. März. Weizen per Mai 93¼, per Juli 89, per Sept. 88½. Mais per Mai 68⅝, per Juli 69⅛, per Sept. 68⅞.

W. **New-York,** 27. März. Petroleum Standard white in New-York 8,75, do. in Philadelphia —,—, do. in Refined Cases 11,25, do. Credit Balances at Oil City 2,50. Kupfer 13,75—14,25.

W. **New-York,** 27. März. Schmalz Westernsteam 10,82, Rohe und Brothers 11,15.

Wasserstände von Saale und Unstrut.

(Siehe auch Wasserstandsberichte in der ersten Ausgabe.)

Straußfurt, 26. März + 2,70, 27. März + 2,50, Grochlitz + 2,37, + 2,33, Nebra Oberp. + 2,40, + 2,32, Untp. + 2,32, + 2,22, Brückenp. —,—, —,—, Kösen 1,28, + 1,28, Weißenfels Untp. + 1,68, + 1,60, Trotha + 3,24, + 3,16, Alsleben + 2,86, + 2,80, Bernburg + 2,48 + 2,42, Calbe Oberp. + 2,10, + 2,08, Untp. + 2,50, + 2,42, Grizehne + 2,65, + 2,45.

Verantwortlich:

für Politik: Rechtsanwalt Dr. Strasser; für Deutsches Reich, Ausland und Vermischtes: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kunst und Kongresse: H. Mieschner; für Provinz, Handel, Feuilleton und Allgemeines: G. P. Kohlmann; für den Anzeigenteil: P. Kersten; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle (Saale).

Sprechstunden für Politik und Theater von 10 bis 11 Uhr, für alle übrigen Abteilungen von 8 bis 1 Uhr vormittags.

Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich oder an die Expedition bezw. den Verlag, sondern lediglich an die

„Redaktion der Halleschen Zeitung in Halle (Saale)"

zu richten.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) **Filiale Halle a. S.,** Alte Promenade 3, gegenüb. d. Stadttheat. | **Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403282-12/fragment/page=0003

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

3 1.Jan.	4 1.Apr.	7 1.Juli	O 1.Okt.	a 1.1.7.	d 1.4.10.	g 15.3.9.	k 15.6.12.	q_1 quartaliter	1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	5 1.Mai	8 1.Aug.	N 1.Nov.	b 1.2.8.	e 1.5.11.	h 15.4.10.	l 11.6.12.	q_2 do.	1.2.5.8.11.
1 1.Mrz.	6 1.Juni	9 1.Spt.	D 1.Dez.	c 1.3.9.	f 1.6.12.	i 15.5.11.	v versch.	q_3 do.	1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 27. März 1914

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Lei, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3.20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4.20. — 1 Lstrl.: 20.40 M.

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3½%

Nachdruck verboten.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der industriellen Gesellschaften sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt.Rchs.Sch.	a	4	100.10
do. 1.4.15	d	4	100.10bG
do. 1.5.16	d	4	99.80bG
Dt.Rchs.-Anl	v	4	98.50G
do. uk. 25	d	4	98.80bG
do. uk35 Int	c	4	99.10G
do. do.	v	3½	86.50bG
do. do.	v	3	78.25G
Dt. Schutzg.	a	4	96.50b

Magdeb. 91	a	4	96.75b
do. 1906	d	4	96.75b
do. 1902	d	4	96.50b
do. 86-02	a	3½	92.00b
Mannh01 12	b	4	94.60b
Mind. 95/02	d	3½	—
MülheimRhr.	d	3½	89.00B
München 94	v	3½	88.50G
do. 01,06,07	d	4	96.00G
do. 1908/11	e	4	95.80G

Serb. Gold-A	f	4½	86.90bG
do. am. Anl95	a	4	78.90bG
Siames. Anl.	c	4½	95.50bB
Türk.AdmAnl	e	4	76.30G
do. Bagd. Anl.	c	4	78.00G
do. do. 2	a	4	75.60G
do. unif. 03	c	4	84.30b
do. do. 05	c	4	73.00bG
do. do. 08	a	4	73.00G
do. Zoll-Obl.	a	4	72.75bG

Koslow-Wor.	d	4	85.10G
Kursk-Kiew	b	4	87.60b
Lodz. Fabr. B.	a	4	85.60G
Moskau Kas.	a	4½	93.25bG
do. 1911	e	4½	93.25bG
Mosk. KiewW	a	4½	85.75b
do. 1910	a	4½	93.25b
do.	a	4½	93.50b
do.	d	4	85.60bG
do. Rjäsan	b	4	87.40b

PrPfdB30 31	v	4	95.00
do. S. 32, 33	v	4	95.50bG
do. S. 23, 26	v	3½	87.60bG
do. 17 18 24	v	3½	85.10
Pr. Klnb.-Ob.	a	4	93.50G
do. do.	a	3½	89.60G
do. KmOb 67	a	4	96.00bG
do. Ser. 9, 10	v	4	96.25G
do. S. 11, 12	v	4	96.50G
do. Serie 1, 3	v	3½	85.50bG

Rh. Braunk. 2	d	*4½	99.00B
do. do. 2	d	*4½	99.00B
do. Metall 5	d	4	94.00G
Rh. Wstf. El. 2	d	4½	96.25B
do. do. 2	d	4	89.00b
do. Kalkw. 5	a	*4½	100.60G
RiebeckMt 2	b	4½	100.00G
Romb. Hütt. 3	a	*4½	100.00G
Rybn. Steink.	a	*4½	—.—
Sächs. El. L. 5	i	4½	99.70B

Drtm. Unions	O	25	441.00bG
do. Victoria	O	7	122.00G
Düssld. Adler	O	6	96.50G
Düss. Höfelb	O	10	152.25G
Frankf Henn.	O	7	125.25G
Germn. Drtm.	O	9	139.25G
Gevelsberg.	O	4	63.00G
Gilden-Br.	O	0	66.50G
Glückauf	O	8	124.50G
Henning. Rfb	O	0	46.50G

Dt. Kabelwrk.	1	8	132.00
do. Kaliwerk.	1	10	150.50bG
doLinuWohe	1	6	129.00B
doSchachtb	1	40	440.00G
do Spiegelgl	1	20	290.00bB
do. Steinzg.	1	16	230.50G
do. Ton u Stz.	1	10	144.50G
do. Waff. u Mn	1	32	591.00bG
do. Wagg. Lh.	1	12½	208.00G
do. Wasswrk	1	4	—.—

Gbr. Körting	1	8	124.25bG
Körtings El.	4	8	127.75G
Emil Köster	4	11	146.25b
Kosth. Cell.	1	5	111.25bG
Kronpr. Met.	1	20	253.75b
Gb. Krüg & C.	1	12	149.00bG
Kruschwitz Z.	7	16	232.50G
Kunz Treibr.	1	7	101.25bG
Kupfw Dtschl	1	9	137.75G
Küppersb&S	1	13	215.25G

Schomb. & S.	O	12½	234.50G
Schönebeck	7	7	123.50b
Schöneb. Fr.	4	0	80.50b
C. Schoening	5	9	122.25G
Schönw. Prz.	1	4	75.00G
Herm. Schött	1	9	118.75G
Schftg. Heck	1	4	93.75G
Schub. & Slz.	4	24	380.10bG
SchuckertEl.	8	8	149.50bG
Fr. Schulz jr.	1	20	285.10G

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinsfuß vor den Kursen angegeben. Sämtliche Industrie-, Bank- und Bahn-Aktien werden franko Zinsen gehandelt. Der Dividendenschein wird erst nach der Generalversammlung getrennt. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genußscheine werden ebenfalls frei von Zinsen in Mark pro Stück, notierende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403282-12/fragment/page=0004

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 27. März 1914.

Am Regierungstische: Dr. Lentze.

Präsident **Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz** eröffnete die Sitzung um 10¼ Uhr.

Das Haus setzte die zweite Beratung des

Etats der direkten Steuern

fort.

Die Abgg. **Frhr. v. Zedlitz, v. Kardorff** (Freikons.) und Gen. beantragten: die Regierung zu ersuchen, sobald sich die Höhe des dauernden Bedarfs an Einnahmen aus den direkten Steuern übersehen läßt, Gesetzentwürfe für deren Neuordnung zu dem Zwecke vorzulegen, baldmöglichst dem Mittelstande und den ärmeren Steuerzahlern die für sie in der vorigen Tagung in Aussicht genommenen Vorteile und Erleichterungen zuzuwenden und eine vollständige und gerechte Veranlagung aller Einkommen und Vermögen sicher zu stellen.

Hierzu beantragten die Abgg. **Dr. v. Campe, Schiffer**-Magdeburg (Natlib.) und Genossen: vor den Worten „sicher zu stellen" die Worte einzuschalten: „vornehmlich auch durch Übertragung des Veranlagungsgeschäftes an finanztechnisch besonders vorgebildete Beamte", und die Abgg. **Braun** (Soz.) und Gen. beantragten die Worte: „die für sie in der vorigen Tagung in Aussicht genommenen" zu streichen.

Der Abg. **v. Strombeck** (Zentr.) beantragte: die Regierung zu ersuchen, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bei der Veranlagung der physischen Personen zur Einkommensteuer bestehende Mißstände beseitigt werden, und zwar vermöge der Veranlagung nach bestimmten Grundsätzen, die in dem Antrag ausführlich vorgeschlagen werden.

Abg. **v. d. Osten-Warnitz** (Kons.): Wir halten es nicht für richtig, die Zahl der Steuerkommissare erheblich zu vermehren. Die Bürgermeister in den Städten sind, ebenso wie die Landräte auf dem Lande, als Steuerkommissare am besten geeignet. Aus dem uns vorgelegten Zahlenmaterial ziehen wir den Schluß, daß die kleinen Leute zu scharf angefaßt worden sind. In dem Jahre 1913, wo eine außerordentliche Teuerung aller Lebensmittel herrschte, hat man es verstanden, einen großen Prozentsatz der Zensiten unter 900 Mark bis über 900 Mark heraufzubringen. (Hört, hört! rechts.)

Finanzminister Dr. Lentze:

Es ist behauptet worden, daß derjenige Magistrat, der keinen Wert darauf lege, die Veranlagung selbst in der Hand zu behalten, seine Pflicht nicht erfülle. Damit wird ein Unterschied geschaffen zwischen demjenigen Beamten, der in der Gemeindeverwaltung oder Kreisverwaltung tätig ist und demjenigen Beamten, der vom Staate dahingeschickt wird, um die Steuerveranlagung vorzunehmen. Ich würde allerdings lebhaft bedauern, wenn der Steuerveranlagungskommissar in seinem Bezirke nicht ebenfalls eine Vertrauensperson ist. Es ist durchaus der Wunsch und der Wille der Zentralstelle, daß an Steuern nicht ausgepreßt wird aus jedem, was ausgepreßt werden kann, sondern daß bei der Einschätzung Recht und Billigkeit waltet und die einzelnen Verhältnisse geprüft werden. (Beifall links.) Es wurde darauf hingewiesen, daß im Lande eine große Erregung über die

Vielregiererei

herrscht. Wenn das Volk darüber klagt, daß zuviel regiert wird und zu viel Gesetze erlassen und durchgeführt werden, so wendet es sich zunächst an seine Abgeordneten. Wenn nun diese die Regierung im Reichstage mit allerlei Resolutionen — es sind ganze Stöße — bedrängen, so müssen wir uns doch fragen: wünscht denn nicht eigentlich das Land alle diese Gesetze? Die Sozialdemokraten befolgen bei der Beratung des Etats der direkten Steuern eine ganz eigenartige Taktik. Sie müßte bei der Betrachtung unserer Steuergesetze über die direkten Steuern nach jeder Richtung hin in ein Loblied auf unsere Gesetze ausbrechen, weil ihre Tendenz den Forderungen Rechnung trägt, die die Partei an sich erhebt, indem die Reichen ganz besonders belastet werden, die Armen weniger. Unser Einkommensteuergesetz ist progressiv aufgebaut; die Steuer steigt von ⅔ Prozent auf 5 Prozent. Wenn man alles zusammenaddiert, Kirchensteuer, Kommunalsteuer usw., so kommt man bis auf **20 Prozent.** Man sollte also annehmen, daß hier wenig Angriffspunkte vorhanden sind. Man kehrt deshalb die Angriffsflächen um und sagt zunächst, daß nur 48 Prozent der Bevölkerung zur Steuer veranlagt sind, es herrschten betrübende Verhältnisse in unserem Vaterlande, daß 48 Prozent der Bevölkerung überhaupt nur ein Einkommen von über 900 Mark hätten. Die Sozialdemokratie weiß ganz gut, daß unter den übrigen 52 Prozent zahllose Personen sind, die in ganz guten Verhältnissen leben. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe früher schon ausgeführt, in welcher Weise die Sozialdemokratie die kleinen Leute heranzieht zu Gewerkschaftsbeiträgen usw. Das ist ebenfalls eine Besteuerung. Aus einer Zusammenstellung vom 30. August 1913 ergibt sich, daß sie ihre Mitglieder 3 bis 4 Mal so scharf heranholt wie der Staat die einzelnen Bürger zur Steuer (Zuruf bei den Soz.: Sie werden aber auch unterstützt!) Nein, es ist nur ein ganz geringer Bruchteil, der unterstützt wird. Der größte Teil des Geldes wird thesauriert. (Zuruf bei den Soz.: Das wissen Sie doch nicht!) Das Vermögen der Gewerkschaften ist in den letzten Jahren auf 80 Millionen Mark gestiegen. (Hört, hört! rechts.) Unter den abgelehnten Stellen für Veranlagungskommissare befinden sich auch verschiedene Stadtkreise, wir werden infolge der Ablehnung Assessoren dorthin schicken müssen, denn es ist ausgeschlossen, daß die Veranlagungskommissionen dieser Städte von den Landräten der Nachbarkreise geleitet werden. Wenn alle diese Stellen gestrichen werden, so werden wir nicht erreichen, was wir beabsichtigen. Ich bitte Sie deshalb, Ihren Standpunkt zu revidieren und die Forderung der Regierung zu bewilligen. (Lebh. Beifall links.)

Abg. **v. Strombeck** (Zentr.) begründete seinen Antrag, diejenigen Einkommensquellen, die im abgelaufenen Steuerjahre bestanden haben, aber vor dem 1. April wieder fortgefallen sind, bei der Veranlagung hinzuzuziehen.

Generaldirektor der direkten Steuern **Heinke:** Der Zeitpunkt für eine Revision des Einkommensteuergesetzes ist noch nicht gekommen.

Abg. **Dr. Levy** (Natlib.): Unser Antrag, der die Reservefonds gemeinnütziger, wissenschaftlicher und künstlerischer Gesellschaften m. b. H. steuerfrei lassen will, entspricht durchaus der Auffassung des Hauses. Schon im Jahre 1906 wurde die Steuerfreiheit dieser Gesellschaften verlangt und die Regierung erhob auch dagegen keinen Einspruch. Das Oberverwaltungsgericht hat aber die betreffende gesetzliche Bestimmung entgegen der Auffassung des Hauses ausgelegt. Ich bitte daher unseren Antrag anzunehmen. Der Redner sprach im einzelnen noch über Fragen des Wehrbeitragsgesetzes, des Reichsbesitzsteuergesetzes und über gemeinnützige Sparkassen.

Generaldirektor der direkten Steuern **Heinke:** Die Frage des Wehrbeitragsgesetzes ist durch eine Rundverfügung des Finanzministers geregelt worden. Über das Besitzsteuergesetz kann ich heute noch keine Auskunft geben, weil dieses Gesetz erst nach etwa drei Jahren in Kraft tritt und weil der Bundesrat dazu die Ausführungsvorschriften zu erlassen hat. Die Frage der gemeinnützigen Sparkassen ist wieder in Fluß gekommen durch eine Eingabe des in Tondern bestehenden Ausschusses der gemeinnützigen Sparkassen in Schleswig-Holstein. Auf die Eingabe ist Bericht eingefordert worden. Der Finanzminister wird, wenn der Bericht eingegangen ist, in eine wohlwollende Prüfung der Angelegenheit eintreten.

Abg. **Freiherr von Zedlitz** (Freikons.): Der Antrag Dr. Görck wird wohl zweckmäßig der Regierung als Material zu überweisen sein. Wir werden jedenfalls in der Lage sein, wenn alle Faktoren das Ihrige tun, in der nächsten Session an die Neuordnung der Steuern mit allem, was drum und dran hängt, zu gehen. Wir legen ein entscheidendes Gewicht darauf, daß die volle Abzugsfähigkeit der Kommunallasten ermöglicht wird. Die Sozialdemokraten sind nicht legitimiert, eine Erleichterung der Steuerbelastung der unteren Klassen zu fordern, solange sie selbst viel höhere Beiträge erheben.

Abg. **Cassel** (Fortschr. Vpt.): Bezüglich der Anzahl der geforderten Steuerkommissare werden wir für die Regierungsvorlage stimmen. Desgleichen stimmen wir für das Amendement Campe zu dem Antrage Zedlitz.

Die Debatte wurde geschlossen.

Zur Geschäftsordnung bemerkte

Abg. **v. Kardorff** (Freikons.): Ich bedauere, durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, auf die Ausführungen des Abg. v. Campe einzugehen.

Abg. **Ströbel** (Soz.): Durch den Schluß der Debatte bin ich verhindert, den Nachweis zu führen, daß die Ausführungen des Finanzministers durchaus unrichtig sind.

Abg. **v. der Osten** (Kons.): Ich habe nicht behauptet, daß die Steuerveranlagungskommissare nur mit Schikanen und Zahlen arbeiten.

Abg. **Pohl** (Fortschr. Vpt.): Mein gestriger Zwischenruf ist vollkommen mißverstanden worden. Ich habe nur gesagt, daß die Konservativen die Gesetze gern ändern wollen zu ihren Gunsten. (Stürmische Unruhe rechts.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgg. **Levy** (Natl.), **Cassel** (Fortschr. Vpt.), **Eickhoff** (Fortschr. Vpt.) beschwerte sich

Abg. **Pietzker** (Fortschr. Vpt.) über die Begründung des Verlangens eines Steuerkommissars in Nordhausen durch den Minister.

Finanzminister **Dr. Lentze:** Der Abg. Pietzker hat mich mißverstanden. Ich habe nur gesagt, es sei mir nicht möglich gewesen, die Forderung dieser Stelle anders zu begründen. Ich habe auch nicht gesagt, daß in Nordhausen nicht genügend Steuern herausgekommen wären. Davon habe ich überhaupt nicht geredet.

In der Abstimmung wurden die Anträge **v. Strombeck** und **Görck** auf Vorschlag des Abg. **v. Zedlitz** der Regierung als Material überwiesen. Der Antrag **v. Zedlitz-v. Kardorff** wegen Neuordnung der direkten Steuern wurde gegen die Stimmen der Freikonservativen, Nationalliberalen und Fortschrittler abgelehnt, nachdem die dazu gestellten Amendements **v. Campe** gegen die Stimmen der gesamten Linken und **Braun** gegen die Stimmen der gesamten Linken abgelehnt sind.

Die Resolution der Budgetkommission I wurde gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten angenommen, die Resolution II wurde, nachdem auf Antrag des Abg. **Herold** (Ztr.) die Worte „nach Möglichkeit" eingeschaltet sind, gegen die Stimmen der gesamten Linken angenommen.

Die Abstimmung über den von der Regierung geforderten sämtlichen 15 neuen Stellen für Steuerkommssare war auf Antrag des Abg. **Dr. Friedberg** (Natl.) eine namentliche. Sie ergab die Ablehnung mit 192 gegen 114 Stimmen bei Enthaltung einer Stimme.

Darauf wurde auch der Antrag **v. Zedlitz-v. Kardorff** auf Bewilligung der Stellen für Nordhausen und Bromberg gegen die Stimmen der Freikonservativen und der Linken abgelehnt. Der Antrag der Budgetkommission auf Bewilligung von nur neun Stellen wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen; ebenso gelangte die Resolution der Kommission wegen Anstellung von Steuerassistenten zur Annahme.

Bei den Einnahmen aus Gebühren wünschte

Abg. **Veltin** (Ztr.) eine Herabsetzung der Katastergebühren.

Die Einnahmen wurden bewilligt.

Bei den dauernden Ausgaben für Besoldungen besprach Abg. **Graf Moltke** (Freikons.) die Vorbildung der Steuerbeamten.

Der Rest des Etats der direkten Steuern wurde ohne Debatte bewilligt.

Es folgte der Etat der

Zölle und indirekten Steuern.

Berichterstatter Abg. **Dr. Schmedding** (Ztr.) referierte über die Kommissionsverhandlungen.

Abg. **Bartscher** (Ztr.): Unser Abgabewesen ist durch die Reichs- und Landesgesetzgebung und durch das Zuwachssteuergesetz mit der Zeit so kompliziert geworden, daß es selbst einem Eingeweihten sehr schwer wird, sich hier zurecht zu finden. Es herrscht auf diesem Gebiete eine große Rechtsunsicherheit, und es ist dringend notwendig, daß man hier Klarheit schafft.

Die Einnahmen wurden genehmigt.

Die Abgg. **Peter**-Gleiwitz (Ztr.), **Schmiljan** (Fortschr. Vpt.) und **Gamp-Oblath** (Freikons.) besprachen die Lage der Zollbeamten.

Generaldirektor der indirekten Steuern **Köhler:** Eine Änderung der Rangverhältnisse in einem Ressort würde ähnliche Ansprüche anderer Beamtenklassen hervorrufen.

Damit war der Etat der indirekten Steuern und Zölle erledigt.

Der Etat der Staatsarchive wurde ohne Debatte angenommen.

Es folgte der Etat der Seehandlung.

Auf den Wunsch des Abg. **Oeser** (Fortschr. Vpt.), die Seehandlung möge ihre Einwirkung bezüglich der Kursregulierung der Staatspapiere auch auf die Börse in Frankfurt ausdehnen, erklärte

Präsident der Seehandlung **v. Dombois:** Wir haben mit der Kursregulierung an der Berliner Börse vollauf zu tun. Wir würden uns zu stark engagieren, wenn wir diese Tätigkeit auch auf andere Städte ausdehnen würden.

Damit war der Etat erledigt.

Nach Erledigung einer Reihe von Wahlprüfungen — sämtliche Wahlen wurden für gültig erklärt — und von Petitionen war die Tagesordnung erschöpft.

Der **Präsident** wünschte den Abgeordneten ein fröhliches Osterfest. Nächste Sitzung Dienstag, den 21. April, 12 Uhr. Eisenbahnanleihegesetz.

Schluß 7¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 27. März 1914.

Am Bundesratstische: Dr. Lisco.

Präsident **Dr. Kaempf** eröffnete die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Dr. Werner-Gießen (Wirtsch. Vgg.) in der in einer Privatklagesache erhobenen Widerklage wegen Beleidigung wurde nach dem Antrage der Geschäftsordnungskommission versagt.

Zur zweiten Beratung stand der Gesetzentwurf zur Änderung der §§ 74, 75 und 76 des Handelsgesetzbuches betreffend die

Konkurrenzklausel

auf Grund des vom Abg. Giebel (Soz.) erstatteten schriftlichen Berichtes der 12. Kommission.

Staatssekretär des Reichsjustizamts **Dr. Lisco:** Bei der zweiten Lesung der Kommission, wobei sehr eingehend beraten wurde, sind die Verbündeten Regierungen den Wünschen der Kommission im großen Umfange entgegengekommen. Eine Meinungsverschiedenheit besteht nur noch in drei Punkten. Die Verbündeten Regierungen haben sich im Laufe der Verhandlungen damit einverstanden erklärt, daß die den Handlungsgehilfen für die Dauer des Wettbewerbverbotes zu zahlende Entschädigung auf ein Drittel der dem Handelsgehilfen bisher zustehenden Bezüge bemessen würde. Die Kommission ist über dieses eine Drittel hinausgegangen und hat die Entschädigung auf die Hälfte dieser Bezüge erhöht. Die Verbündeten Regierungen haben sich dann in der Kommission damit einverstanden erklärt, daß die Zulässigkeit der Konkurrenzklausel entgegen dem Regierungsentwurfe davon abhängig gemacht würde, daß das Gehalt des Angestellten eine Höhe von 1500 Mark erreichen muß. Die Kommission hat sich aber für 1800 Mark entschieden. Dann hat die Kommission in zweiter Lesung, und zwar hier in Abweichung von der Regierungsvorlage und von dem eigenen Beschluß erster Lesung sich dahin festgelegt, daß eine vereinbarte Vertragsstrafe künftig den Anspruch auf Erfüllung des Wettbewerbverbots ausschließen soll. Der Gläubiger soll nur das Recht auf die Vertragsstrafe haben. Die Verbündeten Regierungen werden im äußersten Falle, wenn dadurch das Zustandekommen des Gesetzes erreicht werden kann, bereit sein, in dem ersten Punkte nachzugeben. Wir werden einer Erhöhung der Bezüge auf die Hälfte zustimmen. Dagegen ist eine Erhöhung der Gehaltsgrenze von 1500 Mark auf 1800 Mark für die Regierung unannehmbar. Werden in diesen beiden Punkten die Beschlüsse der Kommission nicht geändert, so ist die Vorlage, wie ich nochmals scharf betone, für die Verbündeten Regierungen unannehmbar. Scheitert der Gesetzentwurf an diesen beiden Punkten, so werden, das würde ich im Interesse der Handlungsgehilfen aufs lebhafteste bedauern, diese der Vorteile, die ihnen diese Neuregelung gewährt, beraubt. Wird aber eine Einigung erreicht, so wird das nicht nur den Handlungsgehilfen zugute kommen, sondern auch die Bahn freigemacht, damit den technischen Angestellten eine solche Regelung zuteil werde. Diese würde alsbald nach Annahme des Gesetzes in die Hand genommen werden. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung bemerkte

Abg. **Trimborn** (Ztr.): Zu der Situation, die durch die Erklärung des Staatssekretärs geschaffen ist, müssen nach meiner Meinung sowohl die Beteiligten als auch namentlich die einzelnen Fraktionen in näherer Beratung Stellung nehmen. Mit Rücksicht hierauf beantrage ich die Fortsetzung der gegenwärtigen Beratung bis nach den Osterferien zu vertagen.

Abg. **Haase** (Soz.): Es würde der Gewissenhaftigkeit des Parlaments das schlechteste Zeugnis ausstellen, wenn man jetzt eine Ruhepause eintreten lassen wollte. Wir werden gegen den Antrag stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. **Weinhausen** (Fortschr. Vpt.): Ausschlaggebend ist für uns lediglich, daß wir den Beteiligten im Lande Gelegenheit geben wollen, Stellung zu nehmen. Wir werden für die Vertagung des Entwurfs stimmen. (Beifall.)

Abg. **Bassermann** (Natl.): Als vorgeschlagen wurde, die Konkurrenzklausel noch vor den Ferien auf die Tagesordnung zu setzen, haben wir darauf hingewiesen, daß es durchaus unpraktisch sei, eine so wichtige Materie noch hier zu behandeln, die Verhandlung abzubrechen und sie nach vier Wochen fortzusetzen. Daher stimmen wir der Vertagung zu.

Abg. **Frommer** (Deutschkons.): Tatsächlich hat uns die Erklärung der Regierung vor eine neue Frage gestellt. Wir halten es für richtig, die Verhandlung auszusetzen.

Abg. **Giebel** (Soz.): Daß der Reichstag vor einer neuen Situation stünde, ist durchaus unrichtig. Die Absicht besteht offenbar, die Erklärung der Regierung ins Land gehen zu lassen, um sie gewissermaßen den Gehilfenverbänden als Revolver auf die Brust zu setzen und sie damit einzuschüchtern.

Abg. **Hoch** (Soz.): Wir können bei gutem Willen sehr wohl in ein bis zwei Tagen mit der ganzen Sache fertig werden. (Große Unruhe.)

Erläuterungen zum Kurszettel: Bei den Rentenwerten ist der Zinslauf vor den Kursen angegeben. Sämtliche Industrie-, Bank- und Bahn-Aktien werden franko Zinsen gehandelt. Der Dividendenschein wird erst nach der Generalversammlung getrennt. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften, Versicherungsaktien und Genußscheine werden ebenfalls frei von Zinsen in Mark pro Stück, notleidende Papiere in Prozenten notiert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403282-12/fragment/page=0005

Abg. Walbstein (Fortschr. Vp.): Wir müssen den Handlungsgehilfen Gelegenheit geben, zu der Erklärung des Staatssekretärs Stellung zu nehmen.

Nach weiterer Debatte wurde nach dem Antrage Trimborn die zweite Beratung der Vorlage von der heutigen Tagesordnung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgesetzt.

Weiter standen auf der Tagesordnung 14 Berichte der Petitionskommission.

Die Grenzbewohner des Regierungsbezirks Aurich bitten den Reichstag, auf die zuständige Behörde dahin zu wirken, daß ihnen die Herübernahme der zum Verzehren im eigenen Haushalt erforderlichen Waren über die holländische Grenze wieder wie vor 1906 gestattet werde. Die Kommission hat mit 13 gegen 12 Stimmen die Überweisung der Petition an den Reichskanzler zur Berücksichtigung empfohlen. Von den Deutschkonservativen Abg. Arnstadt und Genossen wurde Übergang zur Tagesordnung beantragt. Berichterstatter war der Abg. **Fegter** (Fortschr. Vp.)

Abg. **Fischer**-Sachsen (Soz.): An der Grenze wohnt eine arme Bevölkerung, der im wirtschaftlichen Interesse solche Erleichterung gewährt werden muß. Wir bitten Sie um Ablehnung des Antrages Arnstadt.

Abg. **v. Graefe** (Deutschkons.): Es ist nachgewiesen, daß die Fleischpreise diesseits und jenseits der Grenze nicht erheblich verschieden sind.

Abg. **Fegter** (Fortsch. Vp.): Ich bitte Sie, den konservativen Antrag abzulehnen. In der Grenzbevölkerung herrscht doch ein Bedürfnis nach diesem Kleinverkehr. Man will aber diesen kleinen Verkehr nur verbieten zum Nutzen einer dünnen Oberschicht und zu ungunsten der Minderbemittelten.

Geh. Regierungsrat **Dr. Trautweiter**: Es hat sich herausgestellt, daß hier ein örtliches Bedürfnis nicht vorliegt.

Nachdem die Abgg. v. Graefe und Fegter noch mehrmals zu Worte gekommen waren, beantragte der Abg. v. Graefe Aussetzung der Abstimmung bis nach den Osterferien, ein Verlangen, das vom Abg. Dr. Burckhardt (Wirtsch. Verg.) unterstützt wurde, da man diese Abstimmung einer Zufallsmehrheit nicht überlassen dürfe.

Vizepräsident **Dr. Dove**: Meiner Ansicht nach liegt kein Grund vor, die Abstimmung auszusetzen.

Zur Geschäftsordnung bemerkte

Abg. **Fegter** (Fortschr. Vpt.): Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Abg. **v. Graefe** (Kons.): Wir wollen eine derartig wichtige Abstimmung nicht einer Zufallsmehrheit aussetzen.

Der Antrag, die Abstimmung abzusetzen, wurde abgelehnt, und mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittler der Antrag der Kommission auf Überweisung zur Berücksichtigung angenommen.

Der Verband der Rabattsparvereine Deutschlands fordert Maßnahmen gegen den sogenannten heimlichen Warenhandel. Die Kommission ist mit großer Mehrheit über die Petition zur Tagesordnung übergegangen. Ein Antrag Arnstadt und Gen. (Deutschkons.) fordert Überweisung des Materials. Berichterstatter ist der Abg. Brey (Soz.).

Abg. **Astor** (Zentr.): Ich bitte Sie, den konservativen Antrag anzunehmen.

Abg. **v. Gräfe** (Deutschkons.): Wir dürfen schon mit Rücksicht auf die Stellung der Petenten, auch Handelskammern sind darunter, nicht über diese Forderung zur Tagesordnung übergehen. (Beifall rechts.)

Abg. **Brey** (Soz.): Die Konservativen selbst haben in der Kommission dem Kommissionsbeschluß nicht widersprochen.

Abg. **Schulenburg** (Natlib.): Wenn wir dem konservativen Antrag zustimmen, so geschieht dies, weil wir in den Petitionen einen guten Kern erblicken.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Graefe (Kons.) und Brey (Soz.) schloß die Debatte.

Der konservative Antrag wurde abgelehnt.

Zur Geschäftsordnung bemerkte

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Wenn wir bei so schwach besetztem Hause so weiter abstimmen werden, so werde ich bei der nächsten Abstimmung die Beschlußfähigkeit bezweifeln.

Alsdann sollte die Abstimmung über die Petition selber vorgenommen werden.

Abg. **Dr. Oertel** (Kons.) bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Das Präsidium mußte sich diesem Zweifel anschließen. Die Beratung wurde abgebrochen.

Präsident **Dr. Kaempf** setzte die nächste Sitzung auf Dienstag, den 28. April, 2 Uhr nachmittags, an (Petitionen) und wünschte den Abgeordneten ein frohes Osterfest und gute Erholung. (Allseitiges Bravo!)

Schluß 2¾ Uhr.

Sicherheitseinrichtungen im Eisenbahnbetrieb und ihre Fortbildung im letzten Jahrzehnt.

Zur Einleitung eines Festabends im Ministerium der öffentlichen Arbeiten am Donnerstag hielt Geheimer Oberbaurat Hoogen einen Vortrag über Sicherungseinrichtungen im preußischen Eisenbahnwesen, und führte dabei etwa folgendes aus:

Durch die stetige Steigerung der Fahrgeschwindigkeit und des Zuggewichtes einerseits und die starke Zunahme der Verkehrsdichtigkeit anderseits ist das Gefahrmoment im Eisenbahnbetrieb fortwährend gewachsen. Trotzdem ist erfreulicherweise die Sicherheit nicht zurückgegangen. Die bildlichen Darstellungen der Betriebsumfälle von 1880 bis 1912 lassen vielmehr erkennen, daß der steigenden Linie der Verkehrsdichtigkeit auf den preußischen Staatseisenbahnen eine stark fallende Linie der Unfallziffern gegenübersteht. Auch die Eisenbahnunfälle im engeren Sinne — die Entgleisungen und Zusammenstöße — haben seit 1880 erheblich abgenommen. Die für eine Reihe von Jahren in einem Schaubild zum Vergleich dargestellte Zahl solcher Unfälle auf den amerikanischen Bahnen zeigt deutlich die günstige Stellung der deutschen, insbesonder der preußischen Bahnen. Bezüglich der Tötungen und Verletzungen von Reisenden bei solchen Eisenbahnunfällen stellt sich der Durchschnitt der letzten zehn Jahre am günstigsten für die preußischen Bahnen. Am nächsten steht ihnen England. In Preußen kam hiernach auf etwa 90 Millionen Reisende, in England auf etwa 20 Millionen Reisende eine Tötung eines Reisenden bei einem Eisenbahnunfall. Wesentlich ungünstiger steht Frankreich, vor allem aber Amerika.

Einem pflichtbewußten, gutgeschulten Personal gebührt ein gut Teil des Verdienstes an diesem günstigen Ergebnisse. Nicht minder aber liegt es auch darin begründet, daß die preußische Staatseisenbahnverwaltung es stets als ihre erste Aufgabe angesehen hat, die technischen Einrichtungen ihrer Bahnen auf der Höhe zu halten. Oberbau, Betriebsmittel und Bremsvorrichtungen sind mit zunehmendem Verkehr verbessert; besondere Aufmerksamkeit ist vor allem den Signal- und Sicherungseinrichtungen zugewendet worden. Hier steht neuerdings die Frage im Vordergrund der Erörterungen, ob nicht im Eisenbahnbetrieb in weiterem Umfange als bisher an die Stelle der verantwortlichen Tätigkeit der Bediensteten die Wirkung selbsttätiger mechanischer Einrichtungen zu setzen sei. Es kommt das besonders in Frage für die Regelung der Zugfolge und zum Schutz gegen Ueberfahren der Haltesignale.

Für die Zugfolge ist in Deutschland maßgebend das Fahren im Raumabstand. Dabei ist Vorbedingung für das Ab- oder Durchlassen eines Zuges die Feststellung, daß der vorausgefahrene Zug sich unter Deckung der nächsten Zugfolgestelle befindet.

Die Feststellung erfolgt durch telegraphisches Zugmeldeverfahren oder durch die sogenannte elektrische Streckenblockung. Es findet dabei eine Mitwirkung des Zuges statt, indem der Zug bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof das Signal hinter sich auf „Halt" wirft und so sich selbst deckt; ferner ist die Freigabe des rückliegenden Signals davon abhängig, daß der Zug an einer bestimmten Stelle des Gleises einen Kontakt befahren hat. Letzteres ist eine wichtige Vervollkommnung des letzten Jahrzehnts.

Geht man in der Mitwirkung des Zuges noch weiter, indem man dem Zuge auch das Stellen der Signale auf „Halt" auf „Fahrt frei" überträgt, so entsteht die sogenannte selbsttätige Streckenblockung, die in größerem Umfange zuerst auf den amerikanischen Bahnen eingeführt und dort sehr weit ausgebildet ist. Neuerdings hat sie bei Stadtschnellbahnen Eingang gefunden, z. B. auch bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn. Sie macht die Besetzung mancher Posten mit Beamten unnötig und stellt Signal auf „Fahrt frei" in dem Augenblick, in dem die Vorbedingungen dazu erfüllt sind. Jede unnötige Verzögerung wird daher vermieden. Das ist für Stadtschnellbahnen von Bedeutung. Sie kommt daher auch bei Elektrisierung der Stadtbahn in Frage. Für Fernbahnen liegt in der selbsttätigen Streckenblockung keine Erhöhung der Sicherheit.

Zum Vergleich wird noch das englische Blocksystem vorgeführt. Es zeigt im allgemeinen nur den Zustand der Strecke — ob frei oder besetzt — an. Signalverschluß und Mitwirkung des Zuges wird damit — abgesehen von Stadtbahnen — nur selten verbunden.

Den Einrichtungen, die das Ueberfahren der Haltesignale verhüten sollen, ist bei den preußischen Staatseisenbahnen seit etwa sechs Jahren besondere Aufmerksamkeit zugewendet worden.

Bei klarem Wetter sind Hauptsignale mehrere Kilometer weit zu sehen. Zur Unterstützung des Führers bei ungünstiger Witterung sind mit den Hauptsignalen Vorsignale verbunden. Neuerdings werden sie in der Form der Doppellicht-Vorsignale ausgeführt. Die Einführung dieser Signale stellt eine wichtige Verbesserung dar.

Weitere Hilfsmittel bilden die Führerstandsignale, das sind sichtbare und hörbare Zeichen auf dem Führerstand der Lokomotive, die ankündigen, daß der Zug sich einem Signal nähert. Sie können bei jeder Annäherung an ein Vorsignal hervorgerufen werden, oder nur dann, wenn das Vorsignal „Warnung" zeigt. Auch können sie mit der Luftdruckbremse verbunden werden, so daß beim Ueberfahren eines Haltesignals selbsttätige Bremsung eintritt.

Provinz Sachsen und Umgebung.

y. **Neundorf**, 26. März. (Der Krieger-Landwehrverein) veranstaltete im Diesingschen Saale einen patriotischen Abend. Herr Pastor Richter hielt die Festansprache. Außer einigen humoristischen Nummern wurde ein Volksstück in zwei Aufzügen „Teure Heimat" oder „Opfer der Fremdenlegion" von Marcellus geboten, welches in ergreifender Weise die Leiden eines jungen Deutschen in der französischen Fremdenlegion veranschaulichte. Vielleicht hätte ein einschlägicher Vortrag über die Gefahren, welche unserer männlichen Jugend sowohl seitens gewissenloser Werber drohen, den Eindruck noch mehr vertieft.

× **Frankenhausen** a. Kyffh., 27. März. (Das Kyffhäuser-Technikum) hat seinen altbewährten Ruf, eine Stätte gründlicher und gewissenhafter Fachausbildung zu sein, durch den günstigen Ausfall der mündlichen „Ingenieur-, Techniker- und Werkmeisterprüfungen", die vor einigen Tagen stattgefunden haben, von neuem bestätigt. Von den 72 Kandidaten, die sich auf die Fachabteilungen „allgemeiner und landwirtschaftl. Maschinenbau, Elektrotechnik, Eisenhoch- und Brückenbau, Hoch- und Tiefbau" verteilen, erwarben 25 Prüflinge das Gesamturteil „sehr gut bzw. gut". Der im Lehrplane stark betonte Laboratoriumsunterricht in den ausgedehnten Versuchsanlagen trägt nicht wenig zur Steigerung der Arbeitsfreude bei, die andererseits von wesentlichem Einfluß auf den erhöhten Lehrerfolg sein muß. Während des am 16. April beginnenden 39. Semesters wird wie früher der vom Königlichen Preuß. Ministerium für Landwirtschaft veranstaltete Maschinenkursus abgehalten. Auf Verlangen werden ausführliche Programme vom Sekretariate des Instituts zugesandt.

□ **Lauchа** (U.), 27. März. (Aus der Stadtverordneten-Sitzung. — Städtische Sparkasse.) Der Magistrat hat beschlossen, die von der Stadt an bedürftige Wöchnerinnen gewährte Unterstützung fortfallen zu lassen, da diese durch die neuen Krankenkassen hinreichend unterstützt werden. Die Stadtverordneten stellten sich aber auf den Standpunkt, denjenigen bedürftigen Wöchnerinnen die Unterstützung weiter zu bewilligen, die nicht in einer Krankenkasse sind. Ueber die Bedürftigkeit entscheidet die Armenkommission. — Der beabsichtigte und auf 41 500 Mk. veranschlagte Bau einer städtischen Turnhalle wird auf spätere Zeit vertagt, da der Stadt jetzt größere Ausgaben für den Bau einer Wasserleitung, für Kanalisation, Pflasterung und Wegebau bevorstehen. — Die Stadtsparkasse brachte im Jahre 1913 einen Reingewinn von 68 267 Mk. Davon stehen für die Stadtgemeinde 34 133 Mk. zur Verfügung, das sind rund 3000 Mark mehr als im Vorjahre.

—e. **Frose** (Anhalt), 27. März. (Gemeinderatssitzung.) In der am gestrigen Abend abgehaltenen öffentlichen Gemeinderatssitzung wurden die Arbeiten betr. Pflasterung der Wilslebener Straße vergeben. Das Höchstgebot betrug 8488,50 Mark, das Niedrigstgebot 7398,65 Mk., letzterer Offerte wurde der Zuschlag erteilt. Der Turnverein „Kaiser Wilhelm II.", der auch die Jugendpflege mit übernommen hat, hat um eine Beihilfe zur Beschaffung von Turngeräten. Der Verein soll sich an den Zentralausschuß für nationale Jugendpflege in Dessau wenden, dem durch Landtagsbeschluß Mittel zu diesem Zwecke zur Verfügung stehen. Die Friedhofskapelle soll erweitert werden, um bei ungünstigem Wetter hier Trauerfeiern abhalten zu können. Der Gemeinderat stellt zu diesem Zwecke 1000 Mark zur Verfügung. Die Brennzeiten der elektrischen Straßenlampen wurden verlängert. Der Vorsitzende bemerkt, daß die Mehrkosten der Beleuchtung eine Einheit jährlich ausmachen werden. In der folgenden nichtöffentlichen Sitzung wurden Armensachen erledigt.

= **Leipzig**, 27. März. (Eine Erinnerung an Felix Mendelssohn-Bartholdy.) Eine historische Stätte, das Grundstück, Hatmausring Nr. 13, das alte Palais genannt, wird am 1. April abgebrochen, um einem Neubau Platz zu machen. In diesem Hause, in der Wohnung, welche seit 1880 der Hofopernsänger a. D. Robert Leibertz innehat, hat Felix Mendelssohn-Bartholdy im Jahre 1835 sein Oratorium „Paulus" komponiert. Mendelssohn wohnte damals bei Frau Lohmann, welche mit Freude und Stolz des liebenswürdigen Menschen und großen Künstlers gedachte, der den Pflaumenkuchen so liebte, daß er einmal scherzhaft äußerte: „Frau Lohmann, jetzt weiß ich nicht, ob mir Ihr Pflaumenkuchen, oder mein Paulus lieber ist."

w. **Leipzig**, 27. März. (Uebermut.) Im benachbarten Groß-Steinberg griff gestern abend der 17 Jahre alte Dienstknecht **Hermann Lohse** aus Uebermut an einen elektrischen Leitungsdraht. Der junge Mann war auf der Stelle tot.

w. **Leipzig**, 27. März. (Grases Rehsterben.) Im Forstrevier „Burgau" des Leipziger Ratsholzes sind seit Weihnachten gegen 100 Stück Rehwild verendet und an Ort und Stelle eingegraben worden. Die Untersuchung der Kadaver hat ergeben, daß der Lungenwurm die Ursache der Seuche ist. Vor etwa 10 Jahren sind an derselben Krankheit 365 Rehe in demselben Waldrevier umgekommen.

Kunst und Wissenschaft.

Der Berliner Stadtbaudirektor Stübben hielt im „Musée sociale" in Paris unter dem Vorsitz des Senators Ribot über französisches und deutsches Städtebauwesen einen Vortrag, dem zahlreiche Parlamentarier und Architekten beiwohnten. Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen Stübbens hielt Ribot eine Ansprache, in der er seine Bewunderung für die deutsche Kultur aussprach. Der ehemalige Minister Siegfried überreichte sodann unter lebhaftem Beifall der Versammlung dem Direktor Stübben die Medaille des „Musée sociale."

Neue Bachgesellschaft in Leipzig. Der Neuen Bachgesellschaft sind von hochherzigen Gönnern wieder Mittel zur Verfügung gestellt worden, mit denen einer Anzahl unbemittelter Kantoren und Organisten aus Deutschland und Oesterreich der Besuch des am 9. bis 11. Mai stattfindenden 7. Deutschen Bachfestes in Wien durch Reiseunterstützungen ermöglicht werden soll. Anträge zur Gewährung solcher Reisebeihilfen, deren Höhe je nach der Entfernung vom Festorte und der Anzahl der Gesuche bemessen werden wird, sind bis zum 20. April an die Geschäftsstelle der Neuen Bachgesellschaft, Leipzig, Nürnberger Strasse 36, zu richten. Berücksichtigt werden nur solche Gesuche, die von dem Ortskirchenvorstande oder einer anderen vorgesetzten Behörde unterstützt sind.

Kongresse und Ausstellungen.

— **Der evangelische Gemeindetag** soll vom 20.—22. April in Hannover stattfinden. Er will den Interessen der evangelischen Kirchengemeinden dienen; deren Vertreter und Mitglieder werden deshalb geladen; denn ihre Angelegenheiten kommen zur Sprache. — Die Hauptgegenstände der Tagung werden sein: Vortrag des Geh. Kirchenrats Prof. D. Eger-Halle über „Kirchenregiment und Einzelgemeinde"; in der Männerversammlung: „Der Mann und die Gemeinde", Pastor Brand-Hildesheim; in der Frauenversammlung: „Die Frau und die Kirche", Frl. Sprackhoff-Hannover; „Die Frau und Gemeinde", Pastor Charles Wagner-Paris. Am Mittwoch spricht Konf.-Rat Prof. D. Mahling-Berlin, ferner Prof. Lic. Matthes-Darmstadt über „Lokal- oder Personalgemeinde?"; Pastor Meyer Hänigsen-Hannover über „Notwendigkeit und Möglichkeit der Gewinnung der Industriearbeiter auf dem Lande für die Kirchengemeinde"; Pastor Palmer-Frankfurt über „Einordnung der Gemeindehelfer in den Gemeindeorganismus". — Eine recht rege Beteiligung aus allen Kreisen der Kirchengemeinden ist für diese äußerst wichtige Tagung sehr zu wünschen.

Die Ausstellung „Alt- und Neu-Köln", die sich im vergangenen Jahre eines großen Besuches erfreute, wird am 1. Mai, nachdem sie inzwischen durch Hinzufügung weiterer Abteilungen noch vergrößert worde, wieder eröffnet werden. Ungeteilte Anerkennung zollte die in- und ausländische Presse dieser eigenartig interessanten Schau, in der die Stadt Köln zum ersten Mal in Deutschland dem Besucher eine Uebersicht gibt über die Art und das Anwachsen der Aufgaben einer deutschen Großstadt im Laufe der Jahrhunderte. Eine willkommene Sehenswürdigkeit wird die Ausstellung „Alt- und Neu-Köln" besonders in diesem Sommer darstellen, da durch die große Werkbund-Ausstellung Köln das Ziel eines regen Fremdenbesuches und der Tagungsort vieler Kongresse sein wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein diebischer „Maler".

In der Nacht zum 17. September v. Js. wurden in Merseburg bei einem Gastwirt und einem Ingenieur Einbruchsdiebstähle verübt. In der Gastwirtschaft erraffte der Dieb nicht viel, sondern mußte sich mit Briefmarken im Werte von etwa 2 Mk. begnügen. Dagegen machte er bei dem Ingenieur reiche Beute: er fand eine goldene Uhr, ein Portemonnaie mit 178 Mk. und eine Brieftasche mit 280 Mk. Am Abend des 18. September wurde einem Merseburger Bauunternehmer ein Fahrrad entführt, das er gegen einen Friseurladen gelehnt hatte. Der Bestohlene nahm sofort mit einem Polizeibeamten in einem Automobil die Verfolgung des Diebes auf und holte ihn auf der Weißenfelser Chaussee ein. Der Ertappte versuchte querfeldein zu entrinnen, wurde aber von einem Polizeihunde festgehalten. Bei seiner Leibesuntersuchung wurde ein Brecheisen entdeckt, das sich nachher als genau in die beschädigten Stellen an einem Schranke des Ingenieurs passend erwies. Der Verhaftete wurde als der Maler Albert Scheide aus Beuditz festgestellt. Er ist 33 Jahre alt und schon erheblich mit Gefängnis und Zuchthaus vorbestraft. An den Einbruchsdiebstählen in Merseburg will er unbeteiligt sein. Den Fahrraddiebstahl beging er seiner Angabe nach in Genemischaft mit einem andern, der sich noch in der Stadt von ihm trennte, um noch ein zweites Rad zu stehlen und dann in Weißenfels wieder mit ihm zusammenzutreffen. In der Untersuchungshaft versuchte Scheide den Geisteskranken zu spielen. Doch ist er nach ärztlichem Gutachten voll zurechnungsfähig und höchstens etwas minderwertig. Schon am 14. Februar sollte gegen ihn verhandelt werden, er gefiel sich aber plötzlich in der Rolle des Taubstummen. Auf alle Fragen des Vorsitzenden starrte er in hartnäckigem Schweigen unentwegt in die Luft. Seine zur Schau getragene Sprach- und Verständnislosigkeit wurde zwar von niemandem ernst genommen, sondern erzielte nur einen Heiterkeitserfolg; indes mußte er wohl oder übel wieder abgeführt werden. Inzwischen hat er sich aber eines andern besonnen und Gehör wie Sprache vorzüglich wiedererlangt. Der Staatsanwalt sah ihn sämtlicher Diebstähle für überführt an und beantragte gegen ihn 3½ Jahre Zuchthaus. Sch. hat darauf die Herren Richter, doch nicht so hartnäckig zu sein. Auch die Strafkammer erachtete ihn in allen Fällen für schuldig und erkannte auf drei Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. — Scheide gestand übrigens während der Verhandlung offen ein, einen Einbruchsdiebstahl in Jüdendorf, wegen dessen die Staatsanwaltschaft in Naumburg ein Verfahren gegen ihn eingeleitet, aber wieder eingestellt hatte, doch wirklich begangen zu haben.

*

Urteil im Prozeß Tiegs.

Das Oberkriegsgericht des 16. Armeecorps zu Metz hat gestern abend das Urteil in dem Prozeß gegen den Leutnant Tiegs gesprochen, der wegen Totschlags an dem Fahnenjunker Förster vom Kriegsgericht zu 10 Jahren Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere verurteilt worden war. Das Oberkriegsgericht hob das kriegsgerichtliche Urteil hinsichtlich des Strafmaßes auf und verurteilte den Angeklagten zu einer **Zuchthausstrafe von acht Jahren, Entfernung aus dem Heere und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte** auf die Dauer von zehn Jahren; drei Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet. Im übrigen wurde die von Tiegs eingelegte Berufung verworfen. — Die Urteilsbegründung erfolgte wegen militärdienstlicher Interessen in nichtöffentlicher Sitzung.

Landwirtschaft.

— **Unter dem Rindviehbestande des Zentralviehhofes** in Berlin ist gestern die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191403282-12/fragment/page=0006